

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 304.

Montag, den 30. Dezember 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## An unsere Leser!

Die bevorstehende Zeit wird reich sein an Ereignissen, die des Volkes vollste Aufmerksamkeit erheischen. In der internationalen Politik bleiben brennende Probleme an der Tagesordnung und in der inneren Politik werden die sozialen Klassenkämpfe zu heftigen Auseinandersetzungen führen. Überall stehen die Profitinteressen des Kapitalismus im Widerstreit gegen die Ansprüche der abhängigen Schichten, die nach Verbesserung ihrer dürftigen Lebensverhältnisse, nach Freiheitlichkeit und Wohlfahrt der Gesamtheit streben.

In allen diesen Kämpfen unseres Zeitalters ist es die Pflicht einer kulturell einflussreichen Presse, für den Aufstieg des Volkes zu streiten. Über die Menge der kapitalistisch beeinflussten Zeitungen — mögen sie die konservative Politik vertreten oder mögen sie sich das Mäntelchen einer liberalen Gesinnung umhängen — weiß nichts von dieser hohen Pflicht. Diese Zeitungen sind vielmehr eifrigt beflissen, in die internationalen Brände Öl zu gießen und in den sozialen Kämpfen die Partei des toten Besizes gegen die lebendige Arbeit zu nehmen. Nur das Blatt der Sozialdemokratie, der „Lübecker Volksbote“, vertritt die Politik der Kultur und Menschlichkeit: Annäherung und Verständigung zwischen den führenden Staaten West-Europas! Soziale Reformen auf allen Lebensgebieten zur materiellen und geistigen Aufwärtsentwicklung des Volkes!

Darum muß jeder Mann und jede Frau des werktätigen Volkes sich fernhalten von der Unterstützung der Blätter, die den Kriegsbrand schüren und die Volksentwicklung hemmen. Jeder, der seine eigenen Interessen und die Aufgaben der Zeit recht begreift, muß sich dem Blatte des arbeitenden Volkes zuwenden, dem

## „Lübecker Volksboten“.

Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß unsere Zeitung sich eines stetig wachsenden Leserkreises erfreut. Fern von jeder Unterstützung durch amtliche Stellen, frei von den Reklamemitteln kapitalistischer Geldunternehmungen, bekämpft von den Machthabern, nimmt das Organ, das die Arbeiterklasse aus eigenem Willen und Können sich selbst geschaffen, seinen sicheren Aufstieg. Aber noch immer sind mancherlei törichte Vorurteile zu überwinden, noch immer steht eine sehr große Zahl von Männern und Frauen des arbeitenden Volkes im Banne der arbeitersyndikalistischen Presse.

Immer mehr muß die gesamte werktätige Bevölkerung zu der Erkenntnis gelangen, daß derjenige sich selbst Unrecht tut, der die volksfeindliche Presse unterstützt. Jeder Angehörige des werktätigen Volkes muß verstehen lernen, daß sein politisches und wirtschaftliches Interesse gebietet, das Blatt zu lesen und zu unterstützen, das mit aller Entschiedenheit für den Schutz der unbemittelten Volksklassen gegen die kapitalistischen Mächte, für die materielle und kulturelle Befreiung des Volkes den Kampf führt, den

## „Lübecker Volksboten“.

Wir richten daher an alle unsere Parteigenossen und Parteigenossinnen das Ersuchen, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit neue Leser für den „Lübecker Volksboten“ und neue Helfer für unsere Kämpfe zu gewinnen.

## Mitteleuropäischer Hungerturm.

Die kapitalistische Produktionsweise zeitigt in der immer bedrohlicher anschwellenden Lebensmittelversorgung, dem Gespenst des Hungers, der wachsenden industriellen Reservearmee, den Wirtschaftskrisen und den Preisschwankungen Resultate, die ernste Menschen mit großer Sorge erfüllen. Es handelt sich hier um Resultate, die von Menschen durch ihre wirtschaftliche Betätigung ungewollt gegen ihre Willen erzeugt werden und die sie gerne vermeiden möchten, wenn das in ihrer Macht läge. Die gesellschaftlichen Gesetze sind stärker als Wünsche und Willen einzelner Menschenlein. Abhilfe kann nur eine Neuordnung aller wirtschaftlichen Verhältnisse bringen. Bürgerliche Ökonomen stellen lange Untersuchungen und Betrachtungen darüber an, wie sich wenigstens die schwersten Uebelstände vermeiden ließen. Wenn sie nur einen gangbaren Ausweg fänden! Verjagt ihre Weisheit, dann haben ja die Sozialdemokraten recht mit ihren Lehren, daß der Kapitalismus seine Aufgabe erfüllt hat, und daß er vom Sozialismus abgelöst werden muß, soll die Menschheit nicht anarchistischer Barbarei verfallen. Der Kapitalismus war zur Erreichung einer höheren Kulturstufe nicht nur nützlich, sondern notwendig. Heute aber ist er ein Hemmschuh zur weiteren Fortentwicklung geworden: er muß fallen! Diese Erkenntnis ist den kapitalistischen Gelehrten fremd und darum erhoffen sie alles Heil von rein utopischen Plänen. Diese Gelehrten gehen von falschen Voraussetzungen aus und kommen zu falschen Schlüssen. Blicke die Betätigungen eifriger Altermissenschaftler auf die Gelehrtenstufen beschränkt, wir könnten das kindliche Spiel ruhig unbeachtet lassen. Dem ist aber nicht so. Die ganze Wirtschaftspolitik bewegt sich in Bahnen, die für das Volk verhängnisvoll sind. Die Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen wird von den kapitalistischen Geistesherden zum höheren Ruhme der bestehenden Zustände gerechtfertigt und „wissenschaftlich begründet“. Es lebe die voraussetzungslose Forschung, die lautere Wahrheit!

Die heutige Wirtschaftspolitik ruht auf dem Fundament der Volkswirtschaft. Das heißt, die ganze Zollpolitik ist geschaffen, um die wirtschaftlichen Interessen des einen Volkes gegen die eines anderen Volkes zu schützen. Jedes Volk soll im allgemeinen alle seine Lebensbedürfnisse aus eigener Kraft befriedigen. Die Schutzzölle bilden den Damm „gegen die durch Einfuhr fremder Ware bewirkte Schädigung der einheimischen Industrie und Landwirtschaft“. Da es nun aber in Wirklichkeit gar keine Volkswirtschaft gibt, so ist die bestehende Wirtschaftspolitik auf Sand gebaut. Kein modernes Kulturvolk kann auf fremde Produkte verzichten, will es als Kulturvolk nicht einfach zugrunde gehen. Das System der Zölle ist wenigstens nützlich, der Allgemeinheit aber schädlich. Diese Tatsache erkennen auch solche Leute, die nicht Sozialdemokraten sind. Sie tapen im Dunkeln und drehen sich im Kreise, weil sie eben die Wissenschaft des Sozialismus nicht kennen.

Zu diesen wissenschaftlichen Brummkreisläufen gehört auch D. Umfrid, der im „Türmer“ über das Gespenst des Hungers schreibt. Er glaubt etwas Neues damit festzustellen, daß „die mitteleuropäischen Industriestaaten mehr und mehr in Abhängigkeit geraten von den Getreideausführenden Ländern. Und wenn einmal diese Länder ihre Tore sperren, dann droht der Hunger nicht bloß den Engländern, sondern auch uns“. Umfrid beruft sich auf den geschäftsgewandten Milliardär und „weitblickenden Sozialpolitiker“ Andrew Carnegie, der in seinem Buche Amerika, ein Triumph der Demokratie, sagt:

„Diese gewaltige, täglich wachsende Ausfuhr an Nahrungsmitteln nach Europa muß ernste Gedanken für die Zukunft erwecken. Die Bevölkerung der Alten Welt nimmt in ungeahntem Maße zu, ohne daß zugleich die bebauten Fläche oder deren Produktivität wächst. Die 172 Millionen, welche Europa zu Anfang des 19. Jahrhunderts beherbergte, haben sich auf 312 Millionen vermehrt — ein Zuwachs, der in der Geschichte der Alten Welt beispiellos dasteht. Schon kann die Nahrungsmittelproduktion mit dem Konsum nicht mehr gleichen Schritt halten: ohne die Hilfe Nordamerikas und anderer Länder wären wirtschaftliche Krisen unvermeidlich gewesen. So beträgt das jährliche Plus an Getreide, das in Europa eingeführt werden muß, zirka 134 Millionen Hektoliter, das an Fleisch 533 000 Tonnen. Schon jetzt ist es also auf auswärtige Hilfe, vor allem von jener Nordamerikas, angewiesen, um diesen Ausfall zu decken, und wird mit zunehmender Bevölkerung in ein festes Abhängigkeitsverhältnis zu ihm treten müssen.“

Dazu kommt, bemerkt Umfrid, daß Panamerika als einheitliches Wirtschaftssystem mehr und mehr in die Erscheinung tritt. Nordamerika nimmt die südamerikanischen Staaten als Absatzmärkte, die von Rechts wegen ihm gehören, in Anspruch. So kommt die Zeit unaußhaltbar immer näher, in der Panamerika aufhören

wird, unsere Waren zu kaufen. Dr. Vösch schreibt in seinem Buche Nationale Produktion und Berufsgliederung:

„Sobald in Amerika die eigene Industrie genügend erstarkt ist, finden die europäischen Produkte keinen nennenswerten Absatz mehr; ja Amerika tritt dann selbst in dem noch übrigen Teil des Weltmarkts als Verkäufer auf. Dann haben wir kein Geld, um Brot für unsere Industriearbeiter einzutauschen“ — und wieder droht in Europa der Hunger.

„In demselben Augenblick, wo ein zunehmender Prozentsatz eines Volks nicht mehr durch Nahrungsmittelproduktion des Inlands ernährt werden kann, wird die innere und äußere Politik dieses Volks verwickelt und kritisch. Während der einheimische Brotzeuger nur vom Wetter und von seiner Arbeit abhängt, hängt der ausländische Brotbezieher von der Verkaufsmöglichkeit der von ihm hergestellten Waren im Ausland und noch dazu vom ausländischen Wetter ab. . . . Niemand kann in Abrede stellen, daß der Bedarf an Nahrungsmitteln für ein Volk so unerlässlich notwendig ist, daß man überhaupt nur in zwei Fällen ruhig sein kann: entweder müssen jene Waren in ihrer ganzen Menge im Inland erzeugt oder müssen sie aus Quellen entnommen werden, deren Offenhaltung in jedem einzelnen Augenblick der Macht des einführenden Landes unterworfen ist. Ein dritter Zustand führt auf die Dauer den Ruin jedes Volkes herbei.“

Diese Ausführungen expressen Umfrid den Angstschrei: „Es geht eine Ahnung durch unsere Industriestaaten, daß der Weltmarkt nicht ewig aufnahmefähig bleiben wird, daß eines Tages sämtliche Kulturländer industrialisiert sein werden, daß unsere Waren im Auslande keine lohnende Abnahme mehr finden werden, weil die Ausländer imstande sein werden, ihren Bedarf selbst zu decken.“

Was soll denn nun geschehen, um das Gespenst des Hungers zu bannen? Umfrid verwirft jede kriegerische Unternehmung zum Zweck der Eroberung von Märkten oder von Ländern als veraltetes und im höchsten Maße zweifelhaftes Verfahren. Er macht dafür folgende Vorschläge:

„Es bleibt zunächst nichts anderes übrig, als durch möglichst vorteilhafte und bestimmt abgefaßte Handelsabkommen den Absatz deutscher Industriewaren zu sichern, so dann aber bemüht einer Zeit entgegenzutreten, da sich Deutschland mit Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien zu einem mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiet zusammenschließen würde, oder einer Zeit, da es sich selbst genügen könnte, wobei insbesondere darauf zu achten wäre, daß die deutsche Landwirtschaft stark genug gemacht werden müßte, um durch Ausdehnung und gleichzeitige Intensivierung des Betriebs das deutsche Volk ernähren zu können. Es müßte aber endlich die deutsche Auswanderung in ganz anderer Weise, als es bisher geschieht, geregelt und in überseeische Kulturländer abgeführt werden, mit denen Niederlassungsverträge nach Art des japanisch-brasilianischen Anstehungsvertrags abzuschließen wären. Dann hätten wir keine notleidenden Massen, keine industrielle Reservearmee im Land, die wir nicht ernähren könnten, dann, aber auch erst dann wäre die Gefahr des Hungers für alle Zeiten beschworen.“

Eine erbarmungswürdige Hilflosigkeit! Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten zu einem Wirtschaftsgebiet, damit Mitteleuropa nicht ein Hungerturm werde, aus dem es für das Volk keinen Ausweg gäbe. Dann wieder soll die deutsche Landwirtschaft stark genug gemacht werden, daß sie das deutsche Volk ernähre. Wäre das möglich, dann bräuchten wir doch keinen Anschluß an andere Länder. Lauter Widersprüche.

Die Lösung der Aufgabe, die sich Umfrid gestellt hat, kann nur auf andere Weise erfolgen. Zunächst fort mit dem Märchen der Volkswirtschaft! Dann, fort mit dem System der Zölle und Verkehrsbeschränkungen zwischen den einzelnen Völkern! Ein Blick auf die Zahlen des Welthandels lehrt, daß nicht nur Industriestaaten und Agrarstaaten, sondern auch Industrie- und Industriestaaten, und Agrar- und Agrarstaaten lebhaften Austausch treiben müssen.

Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Bureaus des Handelsdepartements in Washington wies der Welthandel im Jahre 1907 einen neuen Rekordumfang auf. Der Gesamtwert der Ausfuhr aller Länder und Kolonien wird auf 14 000 Millionen, der der Einfuhr auf 16 000 Millionen Dollar angegeben. Bezüglich der Ausfuhr steht Großbritannien noch an der Spitze mit einem Gesamtwerte von 2073 Millionen Dollar; es folgen die Vereinigten Staaten mit 1885 Millionen Dollar, Deutschland mit 1629 Millionen Dollar und Frankreich mit 1080 Millionen Dollar. Auch in bezug auf Einfuhr hat Großbritannien die Führung mit einem Gesamtwerte von 3143 Millionen Dollar; es folgen Deutschland mit 2082 Millionen Dollar, Frankreich mit 1201 Millionen Dollar und die Vereinigten Staaten mit 1194 Millionen Dollar. Nahezu zwei Drittel des gesamten Außenhandels entfällt auf Europa. 1907 bezog Kanada 50 Proz. seiner Einfuhr aus den Vereinigten Staaten, Mexiko 53 Proz., die Zentralamerikanischen Staaten über 50 Proz., Kuba 49 Proz.,

Santo Domingo 53 Proz., Haiti 71 Proz., Großbritannien 21 Proz., Deutschland 15 Proz., Japan 17,8 Proz. und Frankreich 11 Proz.

Wichtiger noch als die Zahlen ist aber die Art der Waren. Nehmen wir Deutschland's Außenhandel. Da finden wir unter *Ausfuhr*: Baumwollwaren, Maschinen, Wollwaren, Wollengarn, Steinkohlen, Seidenwaren, Zucker, grobe und feine Eisenwaren, Gold- und Silberwaren, Leersfarbstoffe, Leder, Koks, Kleider und Puz, Spielwaren, Fahrräder und -teile, Porzellan usw. Unter *Einfuhr* finden wir: Rohe Baumwolle, rohe Schafwolle, Weizen, Gerste, Steinkohlen, rohes Kupfer, rohe Seide, Kaffee, Eisenerze, Eier, Baumwollengarn, Wollengarn, Cassages und rohes Bau- und Nutzholz, Tabakblätter, Chilesalpeter, Maschinen usw. . . . Deutschland führt Rohstoffe, Halbfabrikate und Konsumtionsprodukte ein, ohne die es seine Wirtschaft nicht aufrecht erhalten könnte und die im eigenen Lande entweder gar nicht, oder nicht in ausreichender Zahl, oder nicht in benötigter Güte erzeugt werden können. Die Naturverhältnisse und die Bodenschätze sind eben überall anders. Deutschland braucht nicht nur agrarische Produkte aus dem Ausland, sondern auch industrielle Produkte. Bestimmte Maschinen zum Beispiel erfordern zu ihrer Herstellung bestimmte Qualitäten und Arten von Metallen, die in Deutschland nicht vorhanden sind.

Damit ist bewiesen, daß die ganze Welt wirtschaftlich auf das innigste miteinander verbunden ist, daß es gemeingefährlich ist, wenn einzelne Länder durch Zölle Sand in das Getriebe der Weltwirtschaft schütten. Es ist utopisch, davon zu reden, daß die Völker jemals dahin gelangen könnten, ihre Bedürfnisse — losgelöst vom Weltmarkt — aus eigener Kraft zu befriedigen; es sei denn, die Völker hätten Schnapsucht nach einer Steinzeitkultur.

Das Hungergepein, das tatsächlich vor allem den hochschutzzöllnerischen Staaten in Mitteleuropa droht, kann endgültig nur durch den Sieg der Sozialdemokratie gebannt werden. Der Sozialismus wird die bestehende planlose kapitalistische Weltwirtschaft in eine planmäßige sozialistische Weltwirtschaft umwandeln. Dann werden alle Völker der Erde im freiesten Verkehr ihre Güter austauschen, und aller Hunger hat ein Ende —!

## Politische Rundschau

### Deutschland.

#### Veteraneneid.

In der sächsischen Lausitz und zwar in Neu-Gersdorf wohnt ein alter, 74jähriger Veteran, der mit seiner gleichfalls invaliden, 67jährigen Frau von 3 Mark wöchentlich Armenunterstützung und 12 Mark monatlicher Invalidenrente leben muß. Der Mann ist zu jeder Arbeit absolut unfähig, der Arzt hat ihm zum Zwecke der Erlangung einer Veteranenbeihilfe ein Zeugnis ausgestellt, das folgenden Gesundheitsbericht gibt:

Fehlen der Kräfte, kurzer Atem, manchmal Schwindel. Das Bruchleiden macht Beschwerden. Der Mann kann ohne Stoch nicht gehen. Er ist ein etwas kleiner, hinfalliger, vom Alter gebeugter Mann von geringem Ernährungszustand. Leidet an Schlagaderverhärtung. Der rechte Arm ist im Ellbogengelenk inödem verdickt. Zwischen den Beinen ragt von der rechten Weichgegend aus ein Eingeweidebruch nach unten von der ungefähren Größe des Kopfes eines erwachsenen Menschen. Unter solchen Umständen ist der Mann arbeitsunfähig im Sinne des Kranken- und Invalidenversicherungsgesetzes.

Gestügt auf seine Teilnahme am 66er Krieg und am Kriege von 70/71, und gestügt auf dieses ärztliche Gutachten kam der Mann um eine Veteranenbeihilfe ein. Aber das Unglück wollte es, daß er vor einigen Jahren eine Straftat beging, die ihm nicht nur Freiheitsstrafe, sondern auch den Verlust der Ehrenrechte einbrachte. Veteranenbeihilfen werden aber nur an Leute gewährt, die sich ganz tadellos geführt haben. Ein Gnabengesuch bahingehend, daß er in seine militärischen Ehrenrechte wieder eingesetzt werden möchte, um die Grundlage für eine Unterstützung zu schaffen, wurde abgelehnt. Die Amtshauptmannschaft in Lobau begründete die Ablehnung wie folgt:

Seit Ablauf der Ihnen durch das Kgl. Amtsgericht Bauhen zuerkannten Strafen ist erst ein Zeitraum von 2½ Jahren vergangen. Nach Anlage 5, Ziffer 5 der Heeresordnungen dürfen derartige Anträge nur dann gestellt werden, wenn die betr. Person während eines Zeitraumes, welcher doppelt so lang ist als die erkannte Freiheitsstrafe, mindestens aber während eines Zeitraumes von 10 Jahren seit Verbüßung der Freiheitsstrafe, bezw. nach Wiedererlangung der bürgerlichen Ehrenrechte, vorwärtsfrei sich betragen, und den Beweis geliefert haben, daß ihre moralische Besserung festgesetzt worden habe. Diese gesetzlichen Voraussetzungen treffen bei Ihnen nicht zu. Sie werden daher mit Ihrem Gesuch abgewiesen. v. Polenz.

Die Amtshauptmannschaft hat über dem Buchstaben des Gesetzes nach korrekt gehandelt, als sie dem alten Veteranen die Möglichkeit erizzo, eine Beihilfe zu erlangen. Damit ist dem Betroffenen freilich nicht gedient. 10 Jahre lang er nicht mehr warten, und so bleibt ihm nichts weiter übrig, als trotz seiner kriegerischen Verdienste mit seiner Armenunterstützung in seinem Elend weiterzuhungern.

#### Freiherr v. Hertling als Zeitungsgründer.

Die „Münchener Post“ hat vor einigen Tagen den geheimen Organisationsentwurf des bayerischen Staatsanzeners veröffentlicht, der von einer anonymen E. a. S. mit Hilfe der bayerischen Regierung gestanden ist und am 2. Januar 1913 ins Leben tritt. In dieser Veröffentlichung, die ungeheures Aufsehen macht, nimmt als Freitag der ultramontane „Bayerische Kurier“ Stellung und stellt fest, daß dieser Organisationsplan nichts anderes ist, als die Verschlagnahme des großen Staatsoperates für ein Privatunternehmen — dessen geschäftlicher Flor, auf Kosten der übrigen bayerischen Staatsbürger, soweit diese zur Kategorie der Zeitungsunternehmer nicht zählen. Das ultra-

montane Blatt macht darauf aufmerksam, daß auch durch die Art, wie dem Staatsanzeiger Zwangsinsertate zugezogen werden sollen, zahlreiche Verleger von kleineren Zentrumsblättern in der Provinz auf das schwerste geschädigt werden. Das sei ein Stück Mittelstandspolitik, die einem liberalen Ministerium schlecht bekommen wäre. Der „Bayerische Kurier“ hebt ferner hervor, daß das Ministerium Hertling, das hinter dem Staatsanzeiger stehe, das Insertatenmonopol der Firma Rudolf Mosse in Berlin übertragen hat, sehr zum großen Schaden bayerischer Geschäftsleute. Herr Rudolf Mosse werde sich denken: ich wünsche zwar in meinem Berliner Tageblatt täglich dieses Ministerium zum Teufel, aber ein Geschäft mache ich mit ihm und tue es ganz gerne; das bayerische Geld nehme man gerne. Der „Bayerische Kurier“ schließt: Man kann über diese Dinge nicht zur Tagesordnung übergehen, wie es die Zentrumspresse bisher getan hat, ohne ein Schütteln des Kopfes. Pilant ist bei der ganzen Geschichte, daß der Chefredakteur des Staatsanzeigers, der diesen Organisationsplan ausgeheckt hat, bisher Redaktionsmitglied des „Bayerischen Kuriers“ war.

#### Der Kampf um die Konkurrenzklause.

Mit dem jüngst veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes zur anderweiten Regelung der Konkurrenzklause hat sich eine Konferenz befaßt, an der teilgenommen haben Vertreter von Arbeitgeber- und Angestelltenverbänden und des Reichsamts des Innern. Auch einige Reichstagsabgeordnete waren erschienen. Ueber die Verhandlungen wird offiziös mitgeteilt:

„Man einigte sich dahin, daß eine Anrechnung eines anderweitigen Verdienstes auf die vom Arbeitgeber zu zahlende Entschädigung überhaupt nicht stattfinden soll. Diese Regelung hat zweifellos den einen großen Vorteil, daß dadurch eine Anzahl von Prozessen vermieden würde. Denn der Nachweis, ob ein Angestellter es böswillig unterläßt, seine Arbeitskraft anderweitig auszunutzen, ist naturgemäß nur auf dem Prozeßwege zu führen. Ferner wurde an Stelle der fallenden Entschädigungsskala eine steigende gesetzt: der Angestellte soll im ersten Jahr ein Drittel und im zweiten Jahr ein Viertel seines Gehalts bekommen. Man erwartet, daß der Reichstag diese Abänderungsvorlage sich zu eigen machen wird, da sie den Wünschen beider beteiligten Parteien entspricht. Auf die Beseitigung der Konkurrenzklause überhaupt haben die Angestellten verzichtet, um eine Verständigung zu ermöglichen.“

Man wird zu einem abschließenden Urteil natürlich dann erst kommen können, wenn die Abänderungsvorschläge im Wortlaut vorliegen.

#### Ein großer Pechvogel

Ist Matthias Erzberger, dieser Vielrodner und Viel-schreiber. Er hat — natürlich aus reiner Menschenliebe und nicht etwa des schönen Mammons wegen — eine 80 Seiten starke Broschüre herausgegeben, der er den schönen Titel „Kolonialkerue“ gab. In einem Wascheztel — von dessen Inhalt Matthias selbstredend keine Ahnung hat — wird erklärt:

„Der Verfasser, Mitglied des Deutschen Reichstages, befaßt sich seit Jahren mit der Kolonialpolitik und wird im Reichstag als einer der besten Kenner der kolonialen Verhältnisse anerkannt.“

Unter solchen Umständen mußte Herr Erzberger damit rechnen, daß sein Buch reisenden Absatz finden und daß alle Redaktionen der bürgerlichen und Fachpresse sein Werk rühmen würden. Doch Musjöh Matthias hat Pech! Zu seinem Leidwesen muß er sehen, daß ein Blatt folgendermaßen über sein Buch urteilt:

„Es wäre bedauerlich, wenn ein derart mit Unrichtigkeiten durchsetztes Buch weite Verbreitung fände.“

Das Unglück will es nun auch noch, daß diese Zeilen nicht in einem feindlichen Blatt stehen, sondern in der „Deutschen Kolonialzeitung“, dem offiziellen Organ der „Deutschen Kolonialgesellschaft“. Es wird hier also offiziell von gewiß sachkundigster Seite vor dem Ankauf des Buches gewarnt und damit bestätigt, daß Herr Erzberger von den kolonialen Verhältnissen genau so viel versteht wie der Ochs von der Bibel. — Armer, armer Erzberger!

#### Vom Rüstungswahn.

Die „Berliner Volkszeitung“ bringt folgende Meldung:

„Außer der Forderung für den Bau einer Luftschiff-flotte beschäftigt die Heeresverwaltung, wie wir hören, weitere Forderungen, die sich auf die Ausrüstung und die Schlagfertigkeit des Heeres beziehen, zu stellen. Für den Zeitpunkt, zu dem dies geschehen wird, und für die Höhe dieser Forderungen werden, zum großen Teil wenigstens, die Verhandlungen der Finanzminister über die Besitzsteuer, die am 4. Januar beginnen sollen, bestimmend sein. Die Lösung der Besitzsteuerfrage wird auf die Forderungen des Kriegsministers von Einfluß sein, die Forderungen des Kriegsministers werden aber auch auf diese Lösung einwirken.“

Man muß verlangen, daß von amtlicher Stelle schleunigst eine Klarstellung darüber erfolgt, ob diese aufsehenerregende Mitteilung, wie es allerdings den Anschein hat, den Tatsachen entspricht. Das Ende dieser Rüstungstreiberi sind neue indirekte Steuern von enormer Höhe.

#### Mandatswüde.

Der Vorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei, Landtagsabgeordneter F. u. d. Frankfurt a. M., will sein Mandat mehr annehmen. Als sein Nachfolger wird Redakteur O. J. bezeichnet, der in der vorigen Legislaturperiode Frankfurt im Reichstag vertreten hat.

#### Ein politischer Neujahr-Empfang.

Durch die bürgerliche Presse läuft eine Notiz, die sich mit dem Empfang der kommandierenden Generale am Neujahrstage durch den Kaiser beschäftigt. Die kommandierenden Generale finden sich regelmäßig zur Neujahr-Gratulation am 1. Januar in Berlin ein und die Unterhaltung, die dabei gepflogen wird, hat schon mehrfach großes Aufsehen erregt, so vor einigen Jahren,

als einer der Generale dem Kaiser die Versicherung gab, daß er sich auf die Arme unter allen Umständen verlassen könne. Beim diesmaligen Neujahr-Empfang der Generale sind ganz besondere Vorkehrungen getroffen; denn vor der Tür des Gemaches, in dem die Unterhaltung stattfindet, wird der höchste Beamte des Hofes Wache halten, um zu verhindern, daß ein Unberufener eintauschen könne, was drinnen gesprochen wird. — Diese Heimsücherei schafft für Kombinationen aller möglichen Art natürlich erst recht freie Bahn.

#### v. Kiderlen-Waechter,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, ist heute morgen plötzlich gestorben. Er verstarb bei Verwandten im Ferienaufenthalt.

#### Das Petroleum-Monopol.

Bei der ersten Lesung der Monopol-Vorlage ist dem Reichsschatzsekretär zwar von allen Seiten eine Abjage erteilt worden, aber noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kommt nämlich in ihrem letzten Wochenrückblick eingehend auf das Gesetz zu sprechen und versichert, daß dem Reichsschatzamt von amerikanischen Außenheimern so viel Petroleum angeboten worden sei, daß der deutsche Bedarf voll gedeckt werden kann, ganz abgesehen von der osteuropäischen Produktion. Schließlich wird versichert, daß das Reichsschatzamt über die Form des Gesetzes noch mit sich reden lassen werde. Das Kanzlerblatt führt dazu an:

„Mit dem nächsten Zweck, der Beseitigung des gegenwärtigen privaten Petroleummonopols noch weitere volkswirtschaftliche Absichten zu verbinden insbesondere organisatorische Neuschaffungen vorzunehmen, liegt an sich nicht ohne weiteres in der Linie des erstrebten Zieles. Die Reichsleitung hat aber, wie der Reichsschatzsekretär im Reichstage hervorgehoben hat, durchaus keine Bedenken dagegen, daß bei dieser Gelegenheit solche Neubildungen versucht werden, vorausgesetzt, daß sie nicht zu einer Erschwerung des Leuchtöls und zu einer Verteuerung des Leuchtöls für den Verbraucher führen. Insbesondere könnte es regierungseitig nur begrüßt werden, wenn es gelänge, die an dem Verteilungsgeschäft in Deutschland beteiligten Kreise bei der Aufbringung der Mittel und der Leitung einer Vertriebsgesellschaft zu beteiligen, namentlich also die Metallisten, von denen etwa die noch vorhandenen selbständigen Großhandels- sowie Rannengeschäfte und die Konsumvereine hinzutreten könnten.“

Die Kommissionsberatungen beginnen am 14. Januar.

#### Balkan.

Die Friedenskonferenz vertagte sich am Sonnabend nach kurzer Dauer auf heute nachmittag. Es wurden die türkischen Gegenanschläge vorgebracht, die sich auf folgende Punkte erstrecken:

1. Das Wilajet Adrianopel bleibt unter der direkten Verwaltung der Türkei; 2. Mazedonien wird in ein Fürstentum umgewandelt mit Saloniki als Hauptstadt und steht unter der Souveränität des Sultans, jedoch unter einem von den Balkanverbündeten gewählten Fürsten, den der Sultan ernannt. Der Fürst soll Protestant sein aus einem neutralen Staat; 3. Albanien wird autonom unter der Souveränität des Sultans, unter einem Fürsten aus der kaiserlichen ottomanischen Familie, der für fünf Jahre gewählt wird mit der Möglichkeit der Wiederwahl; 4. alle ägäischen Inseln bleiben türkisch; 5. die kretische Frage wird von der Konferenz nicht behandelt, sondern zwischen der Türkei und den Großmächten geregelt.

Diese Vorschläge wurden von den Vertretern der Balkanstaaten für unannehmbar erklärt. Darauf erklärten die türkischen Delegierten, daß sie nun zunächst an ihre Regierung berichten müßten.

Gestern hat der türkische Ministerrat getagt. Er sandte neue Instruktionen an die Delegierten. Die Türkei besteht auf dem Besitz von Adrianopel, ist aber andererseits bereit, Kompensationen zu gewähren. Sie ist auch geneigt, den nicht von den Italienern besetzten Inseln Autonomie zu gewähren.

Zwischen Serbien und Bulgarien ist es zu Differenzen gekommen. Die serbische Zeitung „Straža“ bringt einen aufsehenerregenden Artikel über Differenzen zwischen Serbien und Bulgarien wegen der Verteilung der eroberten Gebiete. Das Blatt meint, in dem Balkanbunde beginne sich ein Abgrund zu öffnen. Bulgarien wolle Serbien verkürzen und solche Gebiete nehmen, die ihm gerechterweise gebühren. Serbien habe für den Krieg große Opfer gebracht und müsse dementsprechend auch belohnt werden. Das Blatt weist auch auf die Sekereten der bulgarischen Presse gegen Serbien hin. Dies könne zur Auflösung des Balkanbundes führen. Es scheint, daß diese Gegenstände zwischen den zwei Staaten wegen des Besitzes von Monastir entstanden sind.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten

Montag, den 30. Dezember.

Der Sozialdemokratische Verein veranstaltet morgen abend im Gewerkschaftshaus eine Silvesterfeier. Wie in früheren Jahren so wird auch morgen diese Feier der Treffpunkt aller Genossinnen und Genossen, aller aufgetakelten Arbeiter Lübeck sein. Für Unterhaltung ist in bester Weise gesorgt. Kurz vor 12 Uhr wird eine Festrede gehalten, die einen kurzen Rück- und Ausblick geben soll.

Die Bürgerchaft hielt heute mittag eine Sitzung ab, um einige dringliche Senatsanträge noch vor Jahreschluss zu erledigen. Zunächst wurde der beantragten Erziehung eines siebensten Senates bei dem Hauptamtlichen Oberlandesgericht zugestimmt. Im Anschluß daran fand ein von Thiele gestelltes Ersuchen an den Senat Annahme, in dem eine Regelung der Aufstellungsverhältnisse der Gerichtsdienere gewünscht wird.

Sodann gab es eine lange Debatte über den Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Versorgung der nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911 versicherungspflichtigen Staatsangestellten. Genosse Hoff trat mit Ent-

stiebenheit dafür ein, daß die in Frage kommenden Beamten von der Beitragspflicht zu der Versicherung befreit bleiben und daß der Staat Lübeck die Versicherung selbst übernimmt. Diese Haltung fand bei Herrn Köster rechnerische Unterstützung. Sonst ergab die Beratung über den Gesetzentwurf, daß nicht einmal beim Senat, geschweige denn bei der Mehrheit der Bürgerschaft Klarheit herrscht, was Genossen Hoff zur scharfen Kritik Veranlassung gab und unsere Gesetzesmacherei als eine Leude zu bezeichnen. Schließlich schloß die Bürgerschaft die Vorlage unter Ablehnung der beantragten Verbesserungen.

**Ein Zuschuß in Höhe von 80 000 Mark zu den Kosten des Grunderwerbs für die Bahn Schwartau-Neustadt i. S.** wurde als letzter Gegenstand der Tagesordnung vom Senat beantragt und von der Bürgerschaft nach längerer Aussprache im zustimmenden Sinne erledigt. Von den Herren Böds und A. Bape wurden manche gewichtige Bedenken gegen die zu leistende Zahlung ins Feld geführt. Doch siegte zuletzt der Wunsch, die Bahn Hamburg-Lübeck-Fehmarn-Kopenhagen ihrer Verwirklichung um einen großen Schritt näher zu bringen.

**Sturmshaden.** Der Sturm in der Nacht vom ersten zum zweiten Festtage hat der Hochofen-Vereinsgesellschaft einen empfindlichen Schaden verursacht, der, wie man berichtet, auf 150 000 Mk. veranschlagt wird. Die Kosten der umgeworfenen Ladebrücke sollen sich auf annähernd 125 000 Mk. stellen.

**Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika.** (10 Wg. für je 20 Gram.) „Victoria Luise“ ab Hamburg 31. Dezember; „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 7. Januar; „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 11. Januar; „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremen 21. Januar; „Amerika“ ab Hamburg 23. Januar; „Seydlitz“ ab Bremen 25. Januar. Postschluß nach Ankunft der Frühgüge. Alle diese Schiffe außer „Victoria Luise“ und „Seydlitz“ sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgeschwindigkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Vorkaufmark wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

**Handelsregister.** Am 28. Dezember 1912 ist eingetragen 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma G e b r ü d e r B e c k m a n n in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter A. M. G. H. Beckmann in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Firma lautet jetzt: Heinrich Beckmann; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma E d u a r d H a l l e in Lübeck: Dem G. J. Baum in Lübeck ist Prokura erteilt. August Eduard Halle in Lübeck ist als persönlich haftender Gesellschafter aus der Gesellschaft ausgeschieden.

**Abhandlungsgelommene Sachen.** Vom Vorplatz eines an der Mittelstraße gelegenen Hauses sind am 28. d. M. mittags ein Paar Schnürschuhe abhandlungsgelommen und vermutlich gestohlen worden. — Am Sonnabend, dem 28. d. M., abends zwischen 8 und 9 Uhr, ist vor einer Wirtschaft in der Warendorferstraße ein Fahrrad Marke „Phänomen“ abhandlungsgelommen und vermutlich gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und trägt die vom Polizeiamt gelieferte Erkennungsnummer 6386, sowie die Fabriknummer 156 239. — Vom Fluß des Hauses Große Petersgrube 29 ist in den letzten Tagen ein dunkler, ziemlich langer Cheviot-Damenmantel abhandlungsgelommen und vermutlich gestohlen worden. Der Mantel trägt einen Sammetkragen und 8 große Hornknöpfe.

**Keine Fundunterbringung.** Der am 26. d. M. verloren gegangene Pelzträger (Edelmarder) ist von dem Finder bereits am Sonnabend vormittag der Eigentümerin zurückgegeben worden. Der Verdacht der Fundunterbringung bestätigt sich somit nicht.

**Festgenommen** wurde ein hiesiger Barbiergehilfe, der einem hiesigen Arbeiter, mit dem er am 2. Weihnachtstage in einer Wirtschaft bekannt wurde, auf dem Wege nach Hause sein Portemonnaie mit mehr als 20 Mark aus der Hosentasche riß und dann das Weite suchte. Bei seiner Festnahme hatte er einen großen Teil des geraubten Geldes bereits ausgegeben.

**Diebstähle.** In der Nacht vom 25. zum 26. d. M. sind von einem in hiesigen Hafen liegenden Dampfer gestohlen worden: Eine silberne Herren-Kemontouruhr mit doppelter Kette, in deren hinteren Deckel die Buchstaben „G. J.“ eingraviert sind, ein Paar Schürstiefel mit Lederspitzen und ein blauer Seemannsanzug mit 2 Reihen Knöpfen für eine kleine Figur. — Aus einer Arbeiterwohnung in Rüdnitz wurden 5 Rasiermesser, 1 schwarzes Jackett und 2 Paar Schürstiefel gestohlen.

**Hansa-Theater.** Man schreibt uns: Morgen findet eine große Silvester-Kummel-Vorstellung statt. Ab 1. Januar kann man im Hansa-Theater den reinsten Zirkus der Welt sehen; es ist ein Genuß zu sehen, was die kleinen Leutchen für große Künstler sind, z. B. Akrobaten, Kunstreiter und Reiterinnen, Clown, Soubretten, Duette, Jongleure, Tänzerinnen, Ringtänzer usw. Die ganzen Gächer der Artistik sind vertreten. Der Skitpataner-Zirkus wird für Lübeck eine große Zugkraft sein. Im 1. Teile Spezialitäten ersten Ranges, darunter Mr. Cool, der Urfomische, Grete Saro, die fische Soubrette, Hatle und Eika. Die größte Attraktion der Neuzeit: Nois-Truppe, The Dering Sisters in ihren akrobatischen Neuheiten usw. — Im Kabarett: Extra-Vorstellung verbunden mit Schönheitskonkurrenz.

**Neues Stadttheater.** Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Von allen jetzt gegebenen Operetten ist „Eva“ von Lehár eine der erfolgreichsten. Zu der außerordentlich beifallsfreudigen Aufnahme trägt in erster Linie der künstlerische Geist des Komponisten bei, der mit diesem Werke weit über das Herkömmliche des allgemeinen Operettenniveaus in gutem Sinne hinausgegangen ist und eine Musik geschaffen hat, die jeden Musikfreund entzückt. Ein weiterer Vorzug ist, daß sich die Textdichter bemüht haben, die Handlung nach größter Möglichkeit von Unnatürlichkeiten freizuhalten. Die hiesige erste Aufführung am Mittwoch, dem 1. Januar (1. Neujahrstag) wird sicher viel Genuß bereiten. Die lustige Witwe und „Der Graf von Luxemburg“ sind Stücke, mit denen er sich die Gunst des großen Publikums erobert hat. Mit „Eva“ wird er sie sich erhalten. Dem Silvesterabend ist, wie schon mitgeteilt wurde, ein buntes Programm gewidmet. Außer Vorträgen bewährter Mitglieder der Oper und des Schauspielers gelangt zunächst der Wringwood-Reigen, von der Balletmeisterin Frau de Koosch einstudiert, zur Aufführung. Beschlossen wird der Abend mit der Aufführung einer lustigen Parodie auf die italienische Oper „La Venetiana“, die ihres Beifalles sicher ist. In einem Akt voll spannender, blutiger Handlungen löst er von vier handelnden Personen drei eines jähen Todes sterben und zum Schluß singen die Gesessenen ihr eigenes Requiem. — Der jubelnde Erfolg, den das lustige Substanzstück „Mag und Moritz“ gestern nachmittag vor ausverkauftem Hause gehabt hat, veranlaßt die Direktion, die Aufführung morgen, dem 31. nachmittags 3 1/2 Uhr, (Nachmittagspreise) zu wiederholen. Am Abend wird, wie schon bekannt ist, ein gewähl-

tes, buntes Programm, der Silvesterstimmung entsprechend, erfreuen. Heute abend wird wegen plötzlicher Erkrankung des Fräulein Gold als Ersatz für Kienzls musikalisches Schauspiel „Der Evangelimann“ das bekannte und erfolgreiche Köblersche Lustspiel „Die fünf Frankfurter“ mit Moser und Protiers Militärschwau „Militärromm“ gegeben werden. Auf diese Änderung soll hiermit besonders hingewiesen sein.

**Rüdnitz.** Die Volksversammlung, die am Sonntag nachmittag in der Saale des Herrn Dieckmann stattfand, war recht gut besucht. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Hörer den Ausführungen des Genossen Bromme, der den Balkankrieg und dessen Konsequenzen für die Weltpolitik behandelte. Lebhafter Beifall wurde am Schluß dem Redner zuteil.

**Oldesloe.** Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf dem Bahnhof Grönwohld ereignet. Die Frau des Krämers Carlens aus Linnau, die mit Tochter und Schwiegerohn von einer Rindfaure in Hamburg zurückkehrte, geriet beim Aussteigen unter die Räder des Zuges, der sich bereits wieder in Bewegung gesetzt hatte, ehe alle Reisenden ausgestiegen waren. Frau Carlens wurde ein Arm und ein Bein abgefahren.

**w. Möln.** In der letzten Kollegiensitzung wurde nach Einführung des wiedergewählten Beigeordneten Rönnpage wegen des Anschlusses an die Ueberlandzentrale verhandelt. Der Bürgermeister, der als Kreisvertreter den Beschluß der Beteiligung des Kreises mitgefaßt hat, trat für den Anschluß ein, während die Stadtverordneten erst noch die Resultate der Untersuchungen in Lauenburg und Oldesloe abwarten wollen, an welchen Orten eine Rentabilitätsberechnung durch eigenes Elektrizitätswerk hergestellt wird. Der Ingenieur Schaper von der Ueberlandzentrale führte als leuchtendes Beispiel für den Anschluß an die Zentrale Grevesmühlen an, wo großartige Geschäfte seitens der Kommune gemacht würden und lud die Stadtväter zu einer Autofahrt nach Grevesmühlen ein. Die Fahrt findet am Montag statt, die Beteiligung ist eine starke; hoffentlich findet nicht eine Ueberlastung des Autos statt. — Als Hauptpunkt der Sitzung wurde dann über den Bauplan für die Volksschule verhandelt. Es sind vier Plätze besichtigt worden, von denen als der beste der Platz zwischen dem Gudowweg und dem an das lange Moor grenzenden Wald auf der Subellischen Koppel befunden wurde. Die Stadtverordneten, die in der vorigen Sitzung einmütig und mit Eifer für den alten Platz eintraten, haben eingesehen, daß dieser zu klein ist und sind alle Mann für den besagten Platz. Bei dem neuen Volksschulgebäude soll ein großer Sport- und Spielplatz mit errichtet werden. Die von uns erwähnte Petition des alten Bürgervereins erlebte ein schickliches Ende, sie wurde in der Verhandlung garnicht erwähnt; ja, ja, jeder wird behandelt, wie er sich es gefallen läßt. Neben unerheblichen Sachen wurde über die geplante Auto-Omnibus-Verbindung Möln-Schwarzenbek-Bergedorf verhandelt. Stadtrat Johannsen ging für das Unternehmen ins Zeug und wünschte eine eventuelle Beteiligung Mölles mit 10 000 Mark für später. Noch sei sozusagen alles in der Schwebe, aber ein Anfang müsse gemacht werden, wenn überhaupt etwas gemacht werden soll. Man sprach für das Unternehmen die Sympathie aus und ließ sich auf weiter nichts ein. Den Beschluß konnte man sich leisten, weil er nichts kostet. Zur Kanalisationsfrage wurde mitgeteilt, daß der Ingenieur Ritter in Berlin ein neues Projekt für 1800 Mk. ausarbeiten will. Ob wir die Ausführung noch erleben? Bei drei Punkten der Tagesordnung wurde die Deffentlichkeit ausgeschlossen. Es wird geradezu epidemisch mit den Heimlichkeiten. Glaubt man denn im Rathausaal mit dem Ausschluß der Deffentlichkeit etwas zu bezwecken? Wie können uns Sachen vorstellen, die im Interesse der Allgemeinheit geheim verhandelt werden müssen, aber begreifen können wir nicht, warum z. B. die Anstellung einer Krankenschwester in dem nun doch wohl bald in Betrieb kommenden Krankenhaus das Licht der Deffentlichkeit zu scheuen hat, oder warum wurde das Darlehengeheim geheim behandelt? Wer die Hilfe der Stadt in Anspruch nimmt, muß sich gefallen lassen, daß in der Deffentlichkeit darüber diskutiert wird und da ist denn immer besser, daß die Sache auch öffentlich behandelt wird; schon, damit den bösen Klatschmäulern die Gelegenheit genommen wird, ihr Handwerk auszuüben. Also nicht zu ängstlich wegen der Deffentlichkeit.

**Hamburg.** Ein Kind unterm Weihnachtsbaum verbrannt. Am zweiten Feiertag wollte die siebenjährige Cicilie K. in der Wohnung ihrer Eltern, Jägerstraße 7, die Lichter des Tannenbaums anzünden. Hierbei gerieten die Kleider des Kindes in Brand. Auf das Geschrei des Kindes eilten das Dienstmädchen und einige Hausbewohner zu Hilfe. Es gelang ihnen, dem Kinde die brennenden Kleider vom Leibe zu reißen, doch hatte die Kleine K. bereits sehr schwere Brandwunden davongetragen. Die schweren Wunden führten den Tod des Mädchens herbei.

**Reinbek bei Altona.** Durch Großfeuer vernichtet wurde hier das altentworfene „Landhaus“, dessen Fassade die Jahreszahl 1740 trug. Das mit Stroh gedeckte Gebäude, das im Jahre 1813 den durchziehenden Kosaken und ihren Pferden als Nachtquartier gedient hatte und zwei Gasfluten enthielt, bildete in kurzer Zeit ein einziges Flammenmeer, das bei dem 30 Meter langen Hause große Dimensionen annahm und in dem schweren eisernen Gebälk reiche Nahrung fand. Die Feuerwehren waren dem Brande gegenüber machtlos und mußten sich auf den Schutz der Nachbarhäuser beschränken. Reinbek hat jetzt nur noch zwei Häuser mit Strohbedachung.

**Kiel.** Ein Nachspiel zum Wertprozess. In der Kammer für Handelsachen steht ein interessanter Prozess zwischen den Kaufleuten Frankenthal aus Kiel und Jacobsohn aus Hamburg zur Entscheidung. Kaufmann Frankenthal weigert sich, verschiedene für Jacobsohn ausgestellte Wechsel, die sich auf insgesamt 50 000 Mk. belaufen, einzulösen, und begründet seine Weigerung, wie mitgeteilt wird, damit, daß er durch Drohungen von Jacobsohn zum Ausstellen der Wechsel gezwungen worden ist. Er gibt an, daß Jacobsohn ihm in der Untersuchungshaft ein Schreiben hat zukommen lassen, worin es hieß, daß er (Jacobsohn) Frankenthal leicht hineinlegen könne, wenn er auslagen wolle. Da er wegen Bestechung nicht ausgeliefert sei, könne ihm nichts geschehen. Für sein Schweigen und die Untersuchungshaft verlange er einen Schuldchein über 30 000 Mk. und für seinen Sohn, der auch durch Frankenthal in Untersuchungshaft gekommen sei, 10 000 Mk. Wie Frankenthal weiter ausführte, hat J. ihm später geschrieben, daß er keine Lust mehr habe zu sitzen und daß er auslagen wolle, um auf freien Fuß zu kommen. Wenn er aber noch weiter Schweigen solle, müsse er ihm nochmals 10 000 Mk. geben und die Bürgschaft für ein Darlehen übernehmen. Nach einiger Zeit soll J. noch eine beträchtliche Summe für seinen Rechtsanwalt und Barmittel für den Lebensunterhalt seiner Frau verlangt haben. Durch die andauernden Drohungen will er zur Auslösung der Wechsel veranlaßt worden sein. Jetzt weigert er die Einlösung und fordert die Herausgabe derselben. Jacobsohn gibt im Gegenteil zu Frankenthals Behauptungen an, daß es sich um alte Verpflichtungen bezw. freiwillige Ausstellungen der Wechsel handelt. Das Gericht ist zu dem Entschluß gekommen, Frankenthal den Eid über seine

Behauptungen aufzuerlegen. Wenn er denselben leistet, soll Jacobsohn die Wechsel herausgeben und Frankenthal von der Zahlung entbunden sein.

**Schwerin.** Zur medlenburgischen Verfassungsreform. Nicht um ihrer selbst willen, sondern um die landesherrlichen Finanzen zu sanieren, wird die Verfassungsreform von der Medlenburg-Schwerinschen Regierung betrieben. Darüber ist sich dort niemand mehr im Zweifel, die Junker am allerwenigsten. Deshalb ja auch, um der Regierung das Interesse an einer Reform der Verfassung zu nehmen, die Bereitwilligkeit der „Ritter“, neue Steuern und finanzielle Zuschüsse für die Landesregimentskasse zu bewilligen — aus dem allgemeinen Steuerfädel. Die Regierung aber will das Odium nicht auf sich nehmen, daß sie sich ihren Reformwillen ablaufen lasse, sie besteht deshalb auf eine Verfassungsreform bezw. auf dem, was sie darunter versteht. Ende Januar soll in Schwerin der Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um über eine neue — die zwölfte! — Verfassungsvorlage der Regierung zu beschließen. Die Spalten der medlenburgischen Presse sind mit Abhandlungen darüber gefüllt, was die Regierung wohl tun könnte und was sie möglicherweise unternimmt, wenn sie auch mit der allerneuesten Vorlage von dem Junkerlandtag wieder nach Hause geschickt wird. Bemerkenswert ist, daß das Schweriner Regierungsblatt mehrere Artikel veröffentlicht, wonach der Großherzog das formelle juristische Recht hat, eine neue Verfassung zu oktroyieren. Der jetzige Landtag könnte dieserhalb den Großherzog nur verklagen bei der 1817 eingesetzten sogenannten Kompromißinstanz. Bei diesem Gericht würde der Landtag mit seiner Klage sicher keinen Erfolg haben, so kann man aus jenen offiziellen Artikeln herauslesen, denn so ist wörtlich dort zu lesen, jene Kompromißinstanz ist gesetzlich so beschaffen, daß sie „die Entwicklung der Verfassung im ganzen befördern und durch zeitgemäße Richtung stets das tätige Leben in derselben erhalten solle“. Die für die „Kompromißinstanz“ bestellten Richter wissen jetzt also, was das Offiziösentum von ihnen eventuell erwartet. Allerdings liegt noch kein Anhalt dafür vor, daß der Großherzog in gedachter Art vorzugehen entschlossen ist; und möglich ist schon, daß die offiziellen Drohungen nur erfolgen, um die Junker zu verblüffen, sie willig zu machen für den Kuhhandel. Man muß aber wissen, daß die medlenburgischen „Ritter“ sich als dem Großherzog durchaus gleichwertige Instrumente des Himmels betrachten, und das die ehemalige Retirade der Regierung in Sachen der finanznötigen Verfassungsreform den Hochmut der Junker mächtig hat schwellen lassen. Kommt eine Verständigung auf dem Januar-Landtag zustande, so kann sie mithin nur in der völligen Unterwerfung der Regierung bestehen; in feierlichen Kundgebungen hat sich die Regierung zwar für eine Repräsentationsverfassung mit allgemeinen Wahlen erklärt. Inwiefern weiß man doch nachgerade, wieviel solche Versicherungen von Regierungen wiegen.

**Bremen.** Ein Reklamationprozess. Bei einem Gewerkschaftsfest in Hemelingen bei Bremen verkaufte ein Genosse Kelken und stellte auch eine Anzahl Genossen in seinen Dienst. Der Ueberzähl sollte der Parteikasse zustehen. Die Polizei beschlagnahmte deshalb den Ertrag des Verkaufs und erließ gegen den Genossen ein Strafmandat. Vom Schöffengericht freigesprochen, verurteilte ihn jetzt die Berufungsinstanz zu 10 Mk. Geldstrafe und bestätigte die Beschlagnahme des Erlöses von 70 Mk. aus dem Reklamationsertrag. Das Urteil soll durch Revision angefochten werden.

### Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** „Mag und Moritz“, die von Wilhelm Busch so humorvoll gezeichneten bösen Buben, verübten gestern nachmittag im Stadttheater wieder ihre Schelmenstreiche, zum Gaudium des dicht besetzten Hauses. Und all die famosen Figuren, der Lehrer Lämpel, der Schneider Böd, der Onkel Fritz, die Witwe Volke, an denen Mag und Moritz ihren mutwilligen Schabernack und ihre lustigen Possen auslassen, sie leben von neuem vor dem Auge des Beschauers. Dazu kam, daß unsere Künstler mit der besten Laune und im flotten Tempo das ukige Stüchlein spielten. Besonders ausgefallen war Fr. Huppelen als Mag, gut sekundiert von Fr. Kaps als Moritz. Die übrigen Rollen wurden von Frau Gerlach sowie den Herren Herpender, Paul, Albert und Fröndle sehr wirkungsvoll wiedergegeben. Das große und kleine Publikum amüsierte sich denn auch begreiflicherweise aufs Beste. Den Schluß der Nachmittagsvorstellung bildete als willkommene Zugabe das hübsche, farbenschildernde Märchenbuch mit seinen anmutigen und drockigen Tänzen.

„Der Schmutz der Madonna“, Wolf-Ferraris Oper, fand abends ihre erste Wiederholung. Das interessante Werk und seine ausgezeichnete Wiedergabe brachten den gleichen großen Erfolg wie bei der Erstaufführung. Das Theater war bis auf wenige Plätze ausverkauft. P. L.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Lübecker Marktpreise vom 28. Dezember.**  
Bauern-Butter Pfd. 1,85—1,40 Mk., Weierci-Butter Pfd. 1,50 Mk., Käsen 3,50-4,50 Mk., Enten 3,50—5,00 Mk., Hühner 1,80—2,50 Mk., Küten Stück — Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. 85-90 Pf., Schinken Pfd. 1,00 Mk., Schweinestopf pr. Pfd. 60-70 Pf., Würst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stk. 10—11 Pf., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pf., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pf., Blumentohl der Kopf 30—60 Pf., Kirichen, hiesige, Pfd. — Pf., eingeschaltete, Pfd. — Pf., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portionsfische Pfd. 1,40, größere Pfd. 1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,00 Mk., kleinere 90 Pf., Aal, große Pfd. 1,00 Mk., mittlere Pfd. 80 Pf., kleine Pfd. 60 Pf., Karantischen Pfd. 80 Pf., Sechte, große Pfd. 50—60 Pf., mittel Pfd. 70 Pf., Bariche Pfd. 60-70 Pf., Brachsen, gr. Pfd. 70 Pf., kleine Pfd. 60 Pf., Waid Pfd. — Pf., Rotaugen, große Pfd. 25-30 Pf., kleine Pfd. 15 Pf., Kreebie Pfd. — Pf., Salzwaferfische: Dorsche, lebende Pfd. 40 Pf., frühe Pfd. — 30 Pf., Butte, größere Pfd. — Pf., kleinere 20—30 Pf., Steinbutt, lebende Pfd. — Pf.

### Briefkasten.

**Zwei Streitende.** Wenn der Vater aus der Landeskirche austritt, so sind damit dessen minderjährige Kinder noch nicht gleichfalls aus der Kirche ausgetreten; das muß besonders beantragt werden.

### Literarisches.

**Eingegangene Schriften und Bücher.**  
„Neue Zeit“, Heft 18.  
„Buche Jacob“, Neujahrsummer, prächtig illustriert.  
„Gleichen“, Nr. 7.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellings. Verleger: J. H. Schwardt, Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Einladung zur

## Silvester-Feier

am Dienstag, dem 31. Dezember 1912

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Beginn des Balles 7 1/2 Uhr. 11 1/4 Uhr: Festrede des Parteisekretärs Genossen W. Bromme.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. — Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Eintrittskarten im Vorverkauf im Parteisekretariat, im Gewerkschaftshaus, in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, bei Carl Wittfoot, Huxstr. 18, bei Gustav Ehlers, Huxstr. 110, beim Barbier Franz Kuhr, Johannisstraße 21, sowie bei allen Komiteemitgliedern.

Recht zahlreichem Erscheinen sieht entgegen

Das Komitee.

**Verkauf lebender Butt**  
am Dienstag, 31. Dezbr.  
von vormittags 8 Uhr ab  
6516) an der  
**Holstenbrücke.**

Ein guterhalt. Kinderwagen  
mit Gummireifen zu verkaufen.  
6513) Bülowstraße 3, l. links.

Sehr guterhalt. Kinderwagen  
zu verkaufen.  
6524) Kortwischstraße 56, II. rechts.

Ein Kinderwagen  
zu verkaufen.  
6535) Krähenstraße 26.

Ein Schloßkorb und eine Petro-  
leumlampe zu verkaufen.  
Kohrsträhle werden ausgeflochten.  
6532) Augustenstraße 9a, l.

Ein kleiner Kleiderschrank zu  
kaufen gesucht. Angebote mit Preis  
unter K S 60 an die Expedition  
dieses Blattes. (6518)

Ausführung jeglicher Klempner-  
arbeit. Anlage von Gas- und  
Wasserleitungen. Reparaturwert-  
katt. Franz Stamer, 6508  
Klempnermeister, St. Annenstr. 18.

Oberhemden, Strögen u. Man-  
schetten werden sauber gewaschen  
und geplüht. Mäßige Preise.  
6519) Gr. Grödelgrube 18.

Empfehle zum Silvester:  
**frische Bierwurst**  
**frische Smauwurst**  
**H. Aufschmitt**  
**Oswald Heine**  
Kronforder Allee 37a.

**Visitkarten**  
— H. Ellenbeinkarton —  
100 Stück von Mk. 1.— an  
liefert  
Die Buchdruckerei des  
Lübecker Volksboten:

**Borjhaß- und Spar-Bereins-Bank**  
in Lübeck. (6138)

Annahme von Spareinlagen;  
Derzinsung 3 1/2 Prozent;  
feste Belegung nach Uebereinkunft.

**Neujahrs-Karten**  
in großer Auswahl (6152)

hat in fast allen Warenabgabestellen vorrätig und  
empfiehlt den geehrten Mitgliedern.

**Konsumverein für Lübeck u. Umgegend**  
e. G. m. b. H.

**Stodelsdorf.**  
Am Mittwoch, den 1. Jan.  
(Neujahrstag):  
**Große Tanzmusik**  
wozu freundlichst einladet  
6521) E. Rottgardt.

**Einsegel**  
Am Silvesterabend:  
**Großes Tanzfränzchen.**  
— Anfang 6 Uhr. —  
6527) F. Jenkel.

**Gasthof Genin.**  
Am Silvesterabend:  
**Großes Tanzfränzchen**  
mit Kinderbescherung.  
Dierzu ladet freundlichst ein  
6526) H. Martens.

Zum Feste empfehle:  
**Weine, Spirituosen**  
**Reinh. Büsen**  
Arnimstraße 1a. (6357)

Zum Neujahrs-Feste  
empfehle (6324)  
**Wein, Rum, Kognak**  
sowie Spirituosen  
in jeder Preislage.

**Joh. Schwabroh**  
Fernspr. 1222. Moisl. Allee 33a.  
**Hasenfelle**  
Kamin, Fuchs, Marder, Iltis usw.  
**Pferdehaare**  
Mähnen, Kuhschweifhaare  
kauft zu höchsten Preisen  
J. L. Würzburg, Wabnstr. 22a.

**Vereinigte Butterhändler**  
von Lübeck  
und Umgeg.  
**Allerfeinste Meiereibutter**  
kostet Pfd. 1.50 Mk. (6536)

### Lübecker Straßenbahn.

Am Silvesterabend werden nachstehende Spätwagen eingelegt:  
**Linie 9 Markt—Moislinger Baum.**  
Der regelmäßige 20-Minuten-Verkehr wird  
bis nachts 12.23 ab Markt und  
12.50 Moislinger Baum  
ausgedehnt und ferner werden folgende Sonder-Spätwagen verkehren:  
Ab Markt: 1.13 und 2.03. Ab Moislinger Baum: 1.40 und 2.30.  
**Linie 12 Lübeck—Schwartau.**  
Ab Markt in Lübeck: 12.30, 1.40 und 2.50.  
Schwartau: 1.00, 2.10 und 3.20.  
**Linie 14 Forsthalde—Kücknick.**  
Ab Forsthalde: 8.55, 9.55. Ab Kücknick bezw.  
Geibelplatz: 10.50, 12.10, 1.30. Mühlenweg: 9.10, 10.10.  
do. 11.30, 12.50, 2.00.

Lübeck, den 28. Dezember 1912. Die Betriebsverwaltung.

6515) **Gesangverein „Einigkeit“ (St. Gertrud)**

**Großer Silvester-Ball**  
am Dienstag, dem 31. Dezember im Lokale Neu-Lauerhof.  
Anfang 7 Uhr. Ende morgens. Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.  
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.  
6517) Das Komitee.

### Arbeiter-Bildungsverein.

Vorstellungen im Neuen Stadttheater:  
**Für Kinder:**

Am Mittwoch, dem 8. Januar, nachmittags 3 Uhr präz.  
**Prinzessin Flunkerli.**  
Weihnachtsmärchen in 5 Akten von Erika Grupe-Lörcher.  
Preis der Karte 30 Pfg. einschl. Garderobe.  
Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonntag, dem 5. Januar 1913,  
vormittags von 10 bis 12 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52.

**Für Erwachsene:**  
Am Sonntag, dem 12. Januar, nachmittags 3 Uhr präz.

**Der gutsitzende Frack.**  
Komödie in 4 Akten von Gabriel Drégely.  
Preis der Karte 60 Pfg. inkl. Garderobe.  
Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonnabend, dem 11. Januar,  
von 6 1/2 bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.  
Die gelösten Karten berechtigen nicht zum Eintritt, sondern sind bei der  
Auslosung gegen Empfang der nummerierten Billets zurückzugeben.  
Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.  
Bei offener Bühne bleiben die Türen geschlossen. Die Teilnehmer  
werden ersucht, spätestens 1/4 Stunde vor Beginn der Vorstellung im  
Theater anwesend zu sein.  
6523) Der Vorstand.

**Hansa-Theater.**  
6537) Mittwoch, den 1. Januar 1913:  
Nachmitt. 4 Uhr Kleine Preise  
Abends 8 1/2 Uhr  
Noch nie in Lübeck gesehen  
Der europäische  
**Liliput-Zirkus.**  
Vorher: Die erstklassigen Spezialitäten.  
Vorzugskarten ungültig.  
Nach der Vorstellung ab 11 Uhr:  
**Neue Künstler. Kabarett.**  
Donnerstag, 2. Januar: Extra-Gala-Vorstellung.

### Gasthof „Transvaal“

Schwartau. 6540  
**Zur Silvester-Feier**  
ladet alle Freunde und Gönner  
freundlichst ein: R. Pinkert.

### Seeretz.

**Gasthof „Zur Börse“**  
**Verein Freundschaft.**  
Am Dienstag, 31. Dezember:  
**Große Silvesterfeier**  
verbunden mit theatralischen Auf-  
führungen und nachfolgendem Ball.  
— Anfang 7 1/2 Uhr. — (6523)  
Dierzu laden freundlichst ein  
E. Wendt und Der Vorstand.

### Moisling.

**Sozialdemokratischer Verein**

**Einlad. 3. Silvesterfeier**  
unter freundlicher Mitwirkung des  
Arbeiter-Gesangvereins und Turn-  
vereins „Frisch Auf“, sowie des Ar-  
beiter-Radfahrvereins zu Moisling  
am Dienstag, den 31. Dez.  
im Lokale der Ww. Schreiber,  
Kaffeekhaus.  
Eintrittspreis 40 Pfg. Anf. 7 Uhr.  
Um recht zahlreiches Erscheinen  
bittet (6520)  
Das Festkomitee.

### Marienburg.

Ecke Katharinen- u. Marienstraße.  
**Gr. Silvester-Konzert**  
Kaffee und warme Berliner.  
Bockbier. Bockwurst.  
Anfang 9 Uhr. Eintritt frei.  
6531) F. Lange.

**Konzerthaus**  
**Zauberflöte**  
Morgen (31. Dezember)  
Abschieds-Konzert von  
**Assa, Ben-Amin's**  
**Orient-Zigeuner-, Musik-**  
**u. Gesangs-Truppe.**  
Am 1. Januar (Neujahrstag):  
Neue Kapelle!!  
Oesterreich. Damen-Kapelle  
**Juliane.**  
6 Damen, 1 Herr.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.  
6534) Ludwig Kock.

### Neues Stadttheater.

Dienstag, den 31. Dez. (Silvester).  
Außer Abonnem. Mittelpreise.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

**Bunter Abend.**  
Gesangsvorträge der Obernützlg.  
Rezitationen, Ballett-Einlagen.  
Stierlauf:

**La Vendetta.**  
Romantisch-parodistische Oper von  
Gerold-Guttmann.

Mittwoch, den 1. Jan. (Neujahr).  
Nachm. 3 1/2 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr.  
Außer Abonn. Nachm.-Preise

**Max und Moritz**  
Eine Biblengeschichte nach Sch. u. Busch  
u. das große Märchenbuch  
Abends 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.  
Außer Abonnem. Große Preise.  
Neuheit. Neuheit.

**Eva (das Fabrikmädel).**  
Operette von Franz Lehár. 6514

## Weihnachten der Newyorker Polizei.

Aus Newyork wird uns geschrieben:  
 Raum hat Polizeileutnant Becker, der gefeierte Leiter der mit der Bekämpfung der Spiel- und Lasterbuden Newyorks betrauten Kräftmenschen-Brigade (Strong arm men), als Anstifter der Ermordung eines der Polizei gefährlich gewordenen Spielhalters sein Todesurteil und das ganze Galgengelichter seiner ehemaligen Mittelmänner — zum Lohne für die patriotische Tat, ihren Auftraggeber ans Messer geliefert zu haben — die Freiheit erhalten, und schon wieder haben die entsetzten Newyorker ihre Polizei-Sensation. Und die Presseorgane der bekannten guten Leute, die alles soziale Unheil auf persönliche Schlichtigkeiten zurückführen, denen mit Arretierung und Prozessierung der schlechten Kerle radikal abgeholfen ist, entläßt sich diesmal um so ausgiebiger, als sie doch geäußert hatten, daß mit jenem Urteile der ganzen polizeilichen Verbrecherbande, die der Newyorker schlechthin das „System“ nennt, der Garaus gemacht sei. Sogar der Newyorker Bürgermeister, Cannon, der vor einigen Tagen den Gesamtbeitrag, den die Polizei bis vor kurzem alljährlich von den Newyorker Wirten erprekte, auf 1/2 Millionen Dollar schätzte, gehörte zu diesen guten Leuten, und die neuesten Enthüllungen über dieselbe Polizei erfolgen just ein paar Tage, nachdem Herr Cannon sie wieder einmal öffentlich rehabilitiert und sogar für „die beste der Welt“ erklärt hatte. Vor dem Stadtrats-Komitee, das seit der Verhaftung Beckers mit der Untersuchung der Newyorker Polizeizustände beschäftigt ist, erschien am 11. Dezember eine — akademisch gebildete Bordellhälterin, Mary Goode, die in schlichter, aber höchst überzeugender Schilderung das ganze polizeiliche System der Brandstiftung und — „Beschützung“ der Prostituierten aufdeckte. Ueberzeugend ist die Erzählung der Frau Goode deshalb, weil sie in der minutiösen Genauigkeit der Namen und Daten, die sie beibringt, in der detaillierten Schilderung aller Umstände, unter denen sie mit dem „System“ in Berührung kam, nichts zu wünschen übrig läßt, und tatsächlich ist den Angaben der Newyorker „Mrs. Warren“ bisher nicht im geringsten widerprochen worden, wohl aber wurden bereits zwei Kapitane, fünf Leutnants und mehrere „gemeine“ Polizisten infolge des Zeugnisses der Frau Goode vom Dienste suspendiert. Uebrigens erfährt die Welt von dieser guten Frau auch etwas von der Existenz eines regelrechten Lastertrutes — der eigene Ausdruck der Zeugin — der sich auch die Polizei gekauft hat, und Frau Goode war zu ihrem Malheur „Dutz der“. Anstatt sich um eine honorare Position, wie sie dieser Trutst tüchtigen Geschäftsfrauen seiner Branche zu offerieren hat, zu bewerben und sich dadurch auch den gleichen Anspruch auf polizeilichen „Schutz“ zu sichern, mietete Frau Goode auf eigene Faust eine Etage, die sie, wieder auf eigene Faust, mit dem erforderlichen Borrat an käuflichem Menschenfleisch ausrüstete, und der erste geschäftliche Besuch, den sie empfing, war der eines Agenten des „Trutes“, zufällig eines solchen in Uniform, Stelly mit Namen. Dieser Polizist klärte sie zunächst darüber auf, daß sie die Geschichte nicht richtig angefangen habe: Anstatt in dem Hause Nr. 223 West 109. Str., hätte sie besser in dem Hause Nr. 214 derselben Straße — „gestartet“, denn das letztere sei ein „Trutst-Haus“, das erste nicht, und der famose Sittenwächter

gab der Frau den guten Rat, schleunigst umzuziehen. Zugleich riet er ihr, sich dem beamteten Arzte der Trutst-Etablissements vorzustellen, und der gab ihr denselben klugen geschäftlichen Wink. Stelly vergaß aber nicht, der Bordellhälterin, die noch keinen Bann „verdient“ hatte, die ersten 25 Dollar für das „System“ abzuknüpfen und ihr gleichzeitig die Adresse des autorisierten Kollektors mitzuteilen, der denselben Betrag allmonatlich einzuziehen würde. Dieser Kerl war im Nebenamt Bierlieferant für die Trutst-Bordelle. Tatsächlich sogar 60 Dollar pro Monat zahlen, obwohl sie kein Bier gar nicht brauchte — sie wünschte nämlich ihr Geschäft, wie sie den überrascht tuenden Gentleman vom Stadtrat erklärte, „auf respektabler Grundlage“ zu betreiben. Zum Trutst überzugehen, konnte sich Frau Goode aber nicht entschließen, und die Folge war, daß die polizeilichen Brandstiftungen immer schlimmer wurden und das „Geschäft“ trotzdem keinen polizeilichen Schutz empfing. Während die Trutst-Häuser nur den unumgänglichen Schein-Kazzias ausgefetzt waren — die Frau Goode in recht amüsanter Weise schilderte — schlug die nächstherweise in das Goode'sche Haus eindringende Polizei, ungeachtet des ihr regelmäßig gezahlten Tributs, alles kurz und klein, und als die Frau darauf Miene machte, die Zahlungen an die Blauröcke einzustellen, machten diese sich bei ihren Kazzias ohne viele Umstände selber bezahlt. In ihrer Bedrängnis wandte sich Frau Goode hilfesuchend an einen Polizei-Inspektor, den sie in der Kirche zu treffen pflegte, aber dieser gottselige Polizist — nicht nur die Blauröcke, sondern auch die Bordellwirte und Zuhälter Newyorks sollen fast alle fleißige Kirchengänger sein — lachte sie einfach aus. Der Grund dafür, wie für die ganze Art der Behandlung, die sie von der Polizei empfing, war nach den Worten der gewichtigen Frau „das Becker-Portemonnaie“. Die Erläuterung hierzu war, daß die Blauröcke, seitdem sie erfahren haben, wie ihr Kamerad Becker sich bereicherte, „alle wie besessen sind“ und die Preise für den „Polizeischutz“ noch höher sind, als sie vor der „Befreienden und Lauteren“ Verurteilung des Mord-Leutnants waren. Vielleicht hat man es hierbei aber auch nur mit der erhöhten Risiko-Prämie zu tun, zu der die Polizei des Bordelltrutes sich jetzt berechtigt fühlt.

Recht, gemeinsame Verabredungen zu treffen, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Strittig könnte nur die Frage sein, ob evtl. auch die Arbeiter in den Werkstätten der Eisenbahnen dieses Recht beanspruchen können, da der § 6 der G. O. bestimmt, daß Eisenbahnunternehmungen nicht unter die Gewerbeordnung fallen. Bis in die neuere Zeit hinein hat man es für selbstverständlich erachtet, daß zu den Eisenbahnunternehmungen die Werkstätten nicht gehören, diese Werkstätten vielmehr Nebenbetriebe der Eisenbahn sind. Erst die neuere Rechtsprechung des Reichsgerichts ist dazu übergegangen, alle Unternehmungen, die mit dem Eisenbahnbetriebe in einer gewissen Beziehung stehen, zu dem Eisenbahnunternehmen zu rechnen, und damit wurden: die aus § 152 hergeleiteten Rechte diesen Arbeitern vorenthalten bleiben. Es gibt aber kein Gesetz, das die Koalition der Eisenbahnarbeiter verbietet oder unter Strafe stellt, mithin kann mit gutem Recht gefolgert werden, daß ohne ausdrückliche Genehmigung dennoch für diese Arbeiter das Koalitionsrecht besteht.

Um nun dennoch zu dem Zweck zu kommen, den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern das Koalitionsrecht vorzuenthalten, gab der Staatssekretär Debrüß folgende sehr interessante Rechtsbelehrung heraus:  
 „Es ist nicht aufgehoben die Möglichkeit der Beschränkung des Koalitionsrechts, die sich aus der elterlichen Gewalt, aus den Rechten der Vormünder, der Lehrherren, der Meister ergibt, und es ist nur allen Dingen durch diese Bestimmung nicht die Möglichkeit beseitigt, im Wege des Privatvertrages die Koalitionsfreiheit einzuschränken.“

Dieser Standpunkt des Staatssekretärs ist mit Recht in der Debatte sofort von unserm Parteigenossen Bauer scharf angegriffen worden, weil die Anwendbarkeit dieses Grundgesetzes einen direkten Verstoß gegen den § 153 des B. G. B. enthält. Dieser Paragraf besagt, daß Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, nichtig sind. Gegen die guten Sitten muß eine Vereinbarung verstoßen, die das staatsbürgerliche Recht eines anderen beeinträchtigt oder aufhebt. Bei der Beratung des B. G. B. in der Kommission und im Reichstage wurde im Anschluß an einen Antrag unseres Genossen Stabthagen, der diesem Paragrafen eine andere Fassung geben wollte, ausdrücklich von Regierungsvertretern und Kommissionsmitgliedern erklärt, daß es ganz selbstverständlich sei, daß Verträge, die das Koalitionsrecht der Arbeiter beeinträchtigen, gegen die guten Sitten verstoßen. Es läßt sich erklären, daß der Staatssekretär sich Mühe gab, diese offensibare Gesetzesverletzung durch die Verwaltung vieler Staatswerkstätten abzustreiten, und er ist deshalb auch auf die Einwände, die ihm von dem Genossen Bauer entgegengehalten wurden, nicht eingegangen.

## Das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter.

Die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter werden aus den Verhandlungen, die der Reichstag am 10. und 11. Dezember im Anschluß an eine Interpellation der Freisinnigen Volkspartei über das Koalitionsrecht führte, die für sie nicht angenehme Lehre ziehen müssen, daß sämtliche bürgerliche Parteien und die Regierung auf dem Standpunkt stehen, daß die ungehinderte Ausübung des Koalitionsrechts für die in Staatsbetrieben beschäftigten Personen nicht besteht. Es verlohnt sich, auf diese wichtigen Vorgänge nochmals einen Rückblick zu werfen und auf die Gründe einzugehen, die für diese Stellungnahme maßgebend sind. Was zunächst die rein rechtliche Frage anbetrifft, ob die in Staatsbetrieben Beschäftigten das Koalitionsrecht besitzen, so ist darauf hinzuweisen, daß für alle diese Arbeiter die Bestimmungen des § 152 der G. O. Anwendung finden. Dieser Paragraph gewährt ohne Einschränkung allen gewerblichen Arbeitern das

Sehr beachtenswert ist aber, besonders für die hier interessierten Staatsarbeiter, daß auch kein Vertreter der bürgerlichen Parteien diesen Standpunkt des Staatssekretärs zurückgewiesen hat, im Gegenteil, Vertreter der christlichen Gewerkschaften und der Konservative v. Winterfeldt erklärten sich ausdrücklich mit dieser Auffassung einverstanden, wobei von dem zuletzt genannten Redner ganz unverhohlen zum Ausdruck gebracht wurde, daß Theorie und Praxis einen anderen Weg gewählt hat, als der Reichstag annahm. Und Herr Behrens, der Angestellte des christlichen Bergarbeiterverbandes fügte hinzu, daß den Motiven der Gesetze, den Kommentaren und Auslegungen, weniger Wert beizulegen wäre, als dem Text des Gesetzes.

Bei einigermaßen objektiver Beurteilung der Sache hätten auch die bürgerlichen Parteien des Reichstages ein Interesse daran, über die vom Gesetzgeber, d. h. vom deutschen Reichstag zum Ausdruck gebrachte Meinung über die Absicht, die einer gesetzlichen Bestimmung innewohnt, keine Drehungen und Deutungen aufkommen zu lassen; sie müßten entschieden darauf halten, daß die Absicht des Gesetzgebers, soweit sie klar aus den Motiven, den Kommissionsberichten oder aus den Reichstagsverhandlungen hervorgeht, auch von den entscheidenden Instanzen gewahrt wird. Protestiert der Reichstag

## Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(25. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
 „Mein Bräutigam ist kein Sozialdemokrat,“ betonte Hermine.  
 „Das wird die Unterjochung nun feststellen,“ erwiderte der Professor. „Wenn er sozialistische Schriften verbreitet, so gehört er auch dieser staatsfeindlichen Richtung an.“  
 „Aber ich gebe Ihnen mein Wort, daß in diesem Hause keine verbotenen Schriften versteckt sind,“ erklärte das Mädchen ängstlich, „und bitte Sie, deshalb von einer Durchsuchung abzusehen.“  
 Er lächelte überlegen.  
 „Es tut mir leid,“ antwortete er, „Ihnen diesen Wunsch entzogen abzuschlagen zu müssen.“  
 „Herr Professor, wir sind doch sonst gut Freund gewesen.“  
 „Bedaure,“ antwortete er, „aber warum treten Sie in Beziehungen zu einem solchen Menschen, der noch obenrein politisch anrüchig ist! Ich habe Sie nie begriffen und verhebe heute noch nicht, wie Sie Ihre Stellung in der Gesellschaft diesem — Tischlergesellen haben opfern mögen.“  
 Hermine hatte die Hände vor ihr Gesicht geschlagen und ein Zittern lief durch ihre hohe Gestalt. Aber das dauerte nur einen Moment. Dann richtete sie sich stolz empor und sprach mit festem Ton:  
 „Gut, tun Sie, was Sie nicht lassen können. Sie mögen meine Wohnung und das Erdgeschloß durchsuchen. Nur die Etage, wo meine Tante krank liegt, ersuche ich Sie zu verschonen; die Aufregung könnte ihr gefährlich werden.“  
 „Meinen Sie?“  
 „Gewiß, und ich verlange, daß Ihre Leute keinen Darm machen. Wenn die Gesundheit meiner Tante durch diese Hausdurchsuchung Schaden leidet, so werde ich beim Ministerium des Innern darüber vorstellig werden.“  
 Der Professor hielt es für gut, nicht allzu rücksichtslos zu sein, denn er war seit dem Vorfall mit dem Kommerzienrat vorichtig geworden.  
 „Ich wäre eigentlich verpflichtet,“ meinte er, „alle Räume durchsuchen zu lassen. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein Krankenzimmer als Versteck für verbotene Schriften benutzt würde. Aber in Rücksicht auf den leidenden Zustand Ihrer Tante will ich die Durchsuchung auf das Erdgeschloß und diese Etage beschränken.“  
 „Gut,“ sagte Hermine, die sich nun in ihr Schicksal ergeben hatte, mit aller Ruhe.

Der Professor rief zwei von den drei Polizisten, die er mitgebracht hatte, herauf; ein dritter stand Posten an der Haustür, denn während der Prozedur sollte niemand hinaus.  
 Lärm wurde möglichst vermieden, denn der Professor wollte sich durchaus nicht den Vorwurf zuschieben, die Morgenruhe einer leidenden alten Dame gestört zu haben. In den Gemächern Hermine's aber wurde ohne zarte Rücksichten verfahren. Sie mußte ihren Schreibtisch aufschließen und es wurden ihre Papiere und Briefschaften durchwühlt. Der Herr Professor sah hier eine besondere Ausbeute erwartet zu haben; indessen fanden sich nur gleichgültige Briefe von Verwandten und Freundinnen vor und von Born hatte Hermine keine Briefe erhalten.  
 „Sie sehen, daß ich Ihnen die Wahrheit gesagt,“ meinte Hermine lächelnd, „in meiner Wohnung sind keine verbotenen Schriften.“  
 „Wir sind auch noch lange nicht fertig,“ antwortete der Professor.  
 Auch in den Bücherregalen der jungen Dame fand sich nichts vor, was den auf sie geworfenen Verdacht hätte begründen können. Schon atmete Hermine erleichtert auf, der Professor aber sagte zu den Polizisten:  
 „Nun noch in's Schlafzimmer!“  
 Hermine erbleichte.  
 „Sie werden doch mein Schlafgemach nicht auch durchsuchen wollen?“ sagte sie.  
 Einer der Polizisten sah lachend nach dem Professor herüber; dieser aber antwortete:  
 „Allerdings wollen wir das. Wir müssen sogar.“  
 „Und warum?“  
 „Wir kennen die Herren Sozialdemokraten aus einer sehr langen Praxis,“ sprach der Professor. „Sie pflegen ihre verbotene Schmuggelware immer da zu verstecken, wo es dem Unergründlichen am unwahrscheinlichsten vorkommen muß. Ein jungfräuliches Schlafgemach ist ein ganz geeigneter Versteck und wir können Ihnen dessen Durchsuchung daher nicht ersparen.“  
 So betrat denn die heilige Hermandad Hermine's Schlafgemach.  
 Hermine errötete vor Unwillen und Scham, denn aber fügte sie sich in das Unvermeidliche und ließ gelassen zu, wie die kleinen Geheimnisse des sonst so streng abgeschlossenen Gemachs den Männeraugen eröffnet werden mußten.  
 Zuerst ward das Bett durchsucht. „Es ist noch warm,“ meinten der Polizist, der es aufdeckte. „Die Decken wurden herausgeworfen, die Matrasen und die Kissen untersucht, aber es fand sich nichts. Auch auf das Nachtschöen und

die Waschtoulette erstreckte sich die Untersuchung. Hermine schloß währenddessen die Augen.  
 Von da ging es an den Wäschekorb. Schön geordnet lagen die weiblichen Toilettenstücke in den Fächern.  
 „Ja, ja, zwischen der Frauenwäsche haben wir einmal in einem Hause ein Duzend verbotener Proschüren gefunden,“ sagte lachend einer der Polizisten; „da muß man gründlich nachsehen.“  
 Und sie sahen gründlich nach. Der Wäschekorb und sein Inhalt wurden so genau untersucht, daß auch kein darin verborgenes Papierschmuckstückchen den Späherblicken entgangen wäre. Die gestickten Damenhemden, die Damenbeinkleider, die weißen und farbigen Strümpfe und die Unterröcke Hermine's wurden bejüht und geschüttelt.  
 Dem Mädchen war unbeschreiblich zumute.  
 Einer der Polizisten breitete in der Luft ein Paar mit feinen Spitzen besetzter Beinkleider aus und sagte zu dem anderen:  
 „Wenn meine Alte nur auch so schöne Hosen hätte! Aber bei uns langt's nur zu roter Wolle oder Baumwolle!“  
 Der für Hermine so peinliche Akt war vorüber; man hatte nichts gefunden. Auch die Durchsuchung in dem Erdgeschloß ergab nichts und der Professor kündigte Hermine an, daß seine Mission zu Ende sei.  
 „Lassen Sie sich die Sache zur Lehre dienen,“ meinte er in väterlichem Ton.  
 „Gewiß,“ antwortete Hermine mit funkelnden Augen, „das werde ich tun. Man hat mich heute kennen gelehrt, welcher Art unsere Kavaliere sind!“  
 Er wollte etwas erwidern, allein sie hatte sich förmlich verbeugt und schritt rasch über den Flur, um in einer Türe zu verschwinden. Der Professor zog mit seinen Leuten ab.  
 Hermine warf sich auf ein Sofa und bedeckte ihre Augen mit den Händen.  
 Zu gleicher Zeit als der Professor Kauser bei Hermine erschien, hatte eine andere Abteilung der wachamen Wendenheimer Polizei Fritz Born in seinen holden Morgenträumen gefordert. Ein Kommissar mit drei Schutzleuten erschien in dem Hause, wo Born wohnte, und dessen Türe offen stand. Der Kommissar pochte an eine verschlossene Türe der zweiten Etage und alsbald erschien eine ältliche Frau mit verschlafnem Gesicht, die nicht wenig erschrocken, als sie das frühzeitige Polizeiaufgebot sah.  
 „Am Gotteswillen, was ist passiert?“ stotterte sie, aber der Kommissar schob sie zur Seite und fragte nach dem Zimmer von Fritz Born. Die Alte deutete auf eine Türe und der Kommissar klopfte an. Auf ein schlaftrunkenes „Her-

nicht gegen diese unwürdige Stellung, die ihm hier von den Vertretern der bürgerlichen Parteien zugemutet wird, so gibt er sein Ansehen preis und überliefert die Auslegung der Gesetze der Willkür der Behörden. Es dürfte sich wohl Gelegenheit finden, in ähnlichen Fällen, wenn es sich allerdings nicht um Rechte der Arbeiter handelt, auf diese zweideutige Stellung der Vertreter der bürgerlichen Parteien hinzuweisen. Wenn sich die Rechtsprechung nicht an die Motive, die der Vorlage beigegeben sind, an die Verhandlungen in der Kommission, die zu Änderungen des Gesetzes führte, halten wollte, dann erscheint es überhaupt überflüssig, eingehende Berichte und Motive zu den Gesetzen und Vorlagen zu geben.

Wie aber ist nun von den einzelnen Vertretern der bürgerlichen Parteien die uneingeschränkte Aufhebung des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter begründet worden. Herr Müller-Meinigen erklärte:

„Wir erkennen ohne weiteres das Recht des Staates an, darüber zu wachen, daß solche wichtigen Betriebe wie die Armee, die Verkehrsanstalten, nicht durch eine derartige Massenarbeitseinstellung lahmgelegt werden. Wir sind der Meinung, daß hier das Gemeinwohl über das Wohl des Einzelnen und über die Interessen der einzelnen Berufsgruppen gehen muß.“

Herr Schirmer vom Zentrum, der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, gab als Beweis der guten Gesinnung folgende Erklärung:

„Die auf christlicher und nationaler Grundlage organisierten Staatsarbeiter lehnen den Streik aus den angegebenen Gründen ab. Sie haben auf das Streikrecht freiwillig verzichtet. Als Äquivalent dient ihnen die Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten.“

Herr Jäcker, der Vertreter der nationalliberalen Partei, hält es für selbstverständlich, daß die Staatsarbeiter auf das Streikrecht verzichten.

Und selbst der Vertreter der Freisinnigen Volkspartei, Herr Weinhäuser, der zu den linksstehenden Sozialpolitikern seiner Partei zählt, brachte seine untertänige Aufstellung von der Einschränkung des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter mit folgender Begründung zum Ausdruck:

„Meine Herren, wenn nun aber zugegeben werden soll, — es ist nicht genügend von verschiedenen Diskussionsrednern beachtet worden, daß auch mein Freund Dr. Müller das zugegeben hat —, daß das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter im Interesse des Allgemeinwohls gewissen Beschränkungen unterliegen muß, so wollen wir auf der anderen Seite auch mit aller Schärfe betonen, daß dafür auch ein entsprechendes Äquivalent gegeben werden muß, und zwar nicht ein Ausgleich durch Wohlthaten, sondern vielmehr ein Ausgleich durch Rechte; denn die Aufgabe von Rechten verlangt eine Entschädigung wiederum durch Rechte! In erster Linie fordern wir da die Sicherung der Existenz der Staatsarbeiter. Eine erhebliche Beschränkung des Kündigungsrechts müßte in allen Staatsbetrieben durchgesetzt werden. Die Eisenbahn- und die Postverwaltung sind auf diesem Wege mit gutem Beispiel vorangegangen. Ich glaube aber nicht, daß in den Militärbetrieben heute auch die Grundlage der Post- und Eisenbahnverwaltung durchgeführt sind, wonach bei zehnjähriger und längerer Arbeitszeit dem einzelnen Arbeiter nur von dem Direktor der Anstalt, nicht von seinem direkten Vorgesetzten, kündigt werden kann. Jedenfalls wäre sehr zu wünschen, daß auch in den Militärverhältnissen und auf den Werften dieser Grundsatz durchgeführt werde.“

Diese letzte Erklärung beschäftigt sich wenigstens mit der Erörterung der Frage, was soll den Arbeitern als Ersatz für die Zurücksetzung geboten werden, die ihnen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zugemutet wird. Aber Halbheit und Unentschiedenheit leuchtet aus diesen Vorschlägen, die als Ersatz für das Koalitionsrecht geboten werden sollen. Was nützen dem Staatsarbeiter lange Kündigungsfristen, was nützt es ihm, wenn nur der Direktor das Recht hat, ihn zu entlassen. Jeder, der einigermaßen vertraut ist mit den Verhältnissen in Staatsbetrieben, weiß, daß der Wunsch eines Vorgesetzten, einen Arbeiter zu entlassen, auch vom Direktor respektiert wird. Das sind naive Anschauungen, wenn Herr Weinhäuser glaubt, der Direktor einer Anstalt wird von anderen Gesichtspunkten aus eine Korrektur des Verhaltens eines Vorgesetzten gegenüber dem Arbeiter vornehmen. Es ist interessant, daß keiner der Vertreter der bürgerlichen Parteien soweit gegangen ist, wenigstens zu verlangen, daß Schiedsgerichte eingesetzt werden, die über Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter zu entscheiden haben, damit diese Verhältnisse nicht ganz autokratisch geregelt werden, sondern auch ein gewisser Einfluß der Arbeiter dabei zur Geltung kommt. Diesen Weg hat beispielsweise die Gesetzgebung der

Verinigten Staaten von Nordamerika und auch in einigen australischen Staaten gewählt. Hier aber wird mit Außerachtlassung wichtiger gesetzlicher Bestimmungen der Arbeiter in Staatsbetrieben vollständig einflußlos und machtlos gemacht, auf Gnade und Ungnade der Verwaltung der Staatsbetriebe überantwortet.

Die Scharmacher der Industrie können mit gutem Recht verlangen, daß auch einer Anzahl von Privatbetrieben, wenn nicht allen, diese Vergünstigung zuteil werde. Wenn das Staatswohl in Gefahr ist, wenn die Arbeiter in einem staatlichen Bergwerk streiken, so kann nach dieser Debatte auch „Gefahr“ angenommen werden, wenn die Bergarbeiter im übrigen Bergbau streiken. Wenn es staatsgefährlich ist, in den Werkstätten der Heeresverwaltungen und in den staatlichen Werften die Arbeit einzustellen, dann kann es für die gleichen Privatbetriebe unter Umständen nicht anders beurteilt werden. Wir würden in der weiteren Forderung dazu kommen, daß wohl nur sehr wenige Betriebe übrig bleiben, die unter Berücksichtigung dieser Auslegung des Staatswohls noch den Arbeitern das Streikrecht gewähren könnten. Man verwechselt hier das Staatswohl mit der Autokratie, die ihr Unwesen in den Staatsbetrieben treibt, wobei mit dem Wohl der Arbeiter oft sehr leichtfertig umgegangen wird. Wenn für die Arbeiter genügend gesorgt würde, bedürfte es keiner Organisation. Aber ein Blick auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse genügt, um den Nachweis sehr schnell zu führen, daß ein Eingriff der Arbeiter in diese Verhältnisse notwendig ist. Mit der alternativen Redewendung, daß der Staat für das Wohl seiner Arbeiter besorgt ist, können sich die Arbeiter nicht begnügen, denn dem steht entgegen, daß sie sehr häufig lebhaft ihre Beschwerden zum Ausdruck bringen müssen. Es ist ganz ungeheuerlich, daß bürgerliche Sozialpolitiker und Führer der christlichen Gewerkschaften lächelnd Hunderttausende von Staatsarbeitern dem Gutdünken und der Willkür der Staatsverwaltung überantworten.

Die Erörterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter im Parlament hat bisher zu keinem befriedigenden Resultat geführt, denn die Lohnerhöhungen, die im Hinblick auf die Steigerung der Preise der Bedarfsartikel notwendig gewesen wäre, ist doch nur in sehr beschränktem Umfang für die Arbeiter in Staatsbetrieben eingetreten. Die Arbeiter haben auch gegenüber der Privatindustrie nichts voraus, im Gegenteil, nicht selten sehen sie in ihrem Verdienst hinter der Privatindustrie zurück, und in der Behandlung wird nicht selten der schneidige Katernenposten angehängen, gegen den sich wenigstens die Arbeiter in der Privatindustrie wehren können. Im Interesse des Staatswohls sollen sich die Arbeiter nicht wehren. Ach, der Privatkapitalist behauptet auch, daß er seine Arbeiter ausbeutet, weil es das Staatswohl erfordert.

Lehrreich dürfte diese Debatte auch für die Angestelltenverbände sein; denn alle diese abweisenden Urteile über das Koalitionsrecht der Arbeiter erstrecken sich auch auf die Angestelltenverbände. Gewiß haben die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei sich dagegen gewandt, daß die Mitglieder des Technikerverbandes und des Bundes der technisch-industriellen Beamten in den Betrieben der Eisenbahnverwaltung geregelt werden. Aber von anderer Seite, auch von den christlichen Gewerkschaftsführern, ist kein Wort des Tadelns über dieses Verhalten der Eisenbahnverwaltung geäußert. Die Angestelltenverbände, die so oft ihre Hoffnungen auf die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Reichstage setzen, sehen, wie ihre „Freunde“ eine der wichtigsten Grundbedingungen ihrer Organisation ohne Bedenken aufgeben. Wie wollen diese Verbände gegen den mächtigen Einfluß, den die reaktionäre staatliche Verwaltung ausüben kann, sich anders wehren, wenn alle Bemühungen, billige Anforderungen zur Durchsetzung zu bringen, scheitern, wenn nicht auch mit einem energiegelassen Kampfmittel den Forderungen Nachdruck verliehen werden kann? Auch sie sollen von der Anwendung dieser Machtmittel in allen Fällen zurücktreten und in Petitionen nur in demütiger Form in der Presse — denn die energiegelaste Kritik ist verpönt — ihr Verlangen geltend machen. Wenn sie aber allzu oft mit Petitionen und Wünschen kommen, werden sie bald als lästige Personen den Laufpaß kriegen und dann darüber nachdenken können, wie in der kapitalistischen Gesellschaft die Interessen des Kapitals wohl geschützt werden, indes die Arbeiter dem autokratischen Regiment sich beugen sollen. Was soll man aber dazu sagen, wenn ein Vertreter der christlichen Bergarbeiter, Herr Behrens, trotz der Lohnbewegung der Bergarbeiter im Saargebiet von diesen Staatsarbeitern sagt: „Praktisch hat für die Staatsarbeiter das Streikrecht keinen Wert, weil ein Streik

gegen den Staat Unsinn, ja ein wirtschaftlicher Selbstmord der Arbeiter ist.“

Das ist die Meinung des Führers des christlichen Bergarbeiterverbandes, der nunmehr darauf bedacht sein muß, der Regierung zu zeigen, daß seine logale Gesinnung nicht bloß hohle Schwärmerei ist. Er wird die aufrührerischen Bergarbeiter zur Ruhe mahnen und zum Vertrauen auf die Bergwerksverwaltung verweisen müssen. Obwohl dieses Vertrauen sicherlich bei den christlichen Bergarbeitern nicht vorhanden ist; denn ihre Bemühungen auf dem Wege einer Beschränkung der neuen Grubenordnung herbeizuführen, ist gescheitert. Die Arbeiter müssen sich, solange sie in dieser Organisation glauben ihre Interessenvertretung zu finden, unter die Macht der Bergwerksverwaltung beugen, denn ihre eigenen Führer haben ihre Rechte preisgegeben.

Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die Herren Schirmer und Schwarz-Schweinfurth sind nicht nur Vorführer für die Beseitigung des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter, sondern sie verlangen auch, daß sozialdemokratische Arbeiter in diesen Betrieben keine Beschäftigung finden. Das sind dieselben Leute, die über den Terrorismus der freien Gewerkschaften klagen, die entsetzliche Lage zu führen wissen darüber, daß freiorganisierte Arbeiter mit Anhängern der christlichen Gewerkschaften nicht zusammenarbeiten wollen, während sie selbst, wo sie ihren Einfluß ausüben können wie hier, die Regierung auffordern, sozialdemokratische Arbeiter von Betrieben auszuschießen. Ja damit nicht genug, Herr Behrens verlangt weiter, daß auch Vereine, wie der Militärarbeiterverband, die, wenn sie auch garnicht mit der Sozialdemokratie in Verbindung stehen, aber durch eine schärfere Kritik an der Militärverwaltung sich hervor tun, nicht als Verband anerkannt werden sollen, die für die Staatsarbeiter offen stehen.

Diese Intoleranz ist kennzeichnend für die Helden, die in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Rolle spielen. Sie haben durch diese rücksichtslose Preisgabe wichtiger Rechte der Staatsarbeiter erzielt, daß, nachdem der Papst das uneingeschränkte Lob für ihre Organisation ihnen vorenthielt, wenigstens der Staatssekretär Dr. Delbrück ihnen attestierte, daß die christlichen Organisationen dem Staatswohl nützlich und wünschenswerte Organisationen sind.

Immer deutlicher tritt bei diesen christlichen „Freunden“ der Arbeiterbewegung in die Erscheinung, daß sie ihre Organisation durch Protektion der Regierung fördern wollen und vor allen Dingen durch derartiges wohlgefälliges Verhalten für sich allein freie Bewegung erlangen. Wenn es ihnen dann noch gelingt, Gerichte und Verwaltungsbehörden und eventuell auch die Gesetzgebung gegen die freien Gewerkschaften mobil zu machen, so hoffen sie mit solchen Mitteln ihre schwachen Kräfte aufzurichten. Durch wirkliche gewerkschaftliche Tätigkeit fühlen sie ihren Fortschritt erlahmen, und so muß der verhasste Gegner bekämpft werden mit Mitteln, die jeder ehrliche Freund der Arbeiterbewegung als gemein und niederträchtig empfinden muß.

Aber werden diese Mittel auch in den Kreisen der Staatsarbeiter verfangen? Wir glauben nicht. Den Staatsarbeitern muß kein klaren Bewußtsein kommen, daß unter den Vertretern der bürgerlichen Parteien nicht einer den Mut fand, ihre Interessen zu vertreten. Sie sind auf dem Weg der Bitte und des Wohlwollens hingewiesen, das sind Zumutungen, die für jeden selbständig denkenden Arbeiter ein Gefühl des Widerwillens erregen müssen. Es wird den Staatsarbeitern kein anderer Weg übrig bleiben, als zu den freien Gewerkschaften in Massen überzutreten und in der Sozialdemokratie die Vertreter ihrer Ansprüche im Parlament zu erkennen. Die Debatte im Reichstage hat ihnen einen lehrreichen Beweis dafür gegeben. Verlangt die Verwaltung der Staatsbetriebe, daß sich die Arbeiter diesen Bestrebungen nicht anschließen, so werden sich Mittel und Wege finden, um dieser Anordnung zum Trotz dennoch im Stillen Förderer und Anhänger der Arbeiterbewegung zu werden. Die bürgerlichen Parteien aber mit der Regierung mögen sich darüber nicht täuschen, daß ihr System der Bevormundung, der Unterordnung und der Rechtslosigkeit der Arbeiter nicht einen gefügigen und zufriedenen Arbeiter erzeugen wird, sondern Arbeiter, die mit glühendem Haß gegen dieses System erfüllt und nur von dem einen Wunsche besetzt sind, aus diesem unwürdigen Verhältnis, in das man ihn gezwängt hat, herauszukommen.

## Gewerkschaftsbewegung.

Zur zentralen Tarifbewegung im Malergewerbe. Im Malergewerbe sind die zentralen Verhandlungen für einen neuen Reichstarifvertrag — der jetzt befristet läuft am 15. Februar 1912 ab — nach der neuesten Einladung des Kollegiums der Unparteiischen v. Schulz, Dr. Brenner und Weigand, auf den 8. Januar 1913 festgesetzt. Der Vorstand des Verbandes der Maler hat bereits am 4. November unter Berufung auf die Bestimmungen des jetzigen Tarifvertrages, nach der 6 Monate vor dessen Ablauf neue Verhandlungen zu beginnen haben, um einen wesentlich früheren Verhandlungsbeginn ersucht. Als daraufhin von den Unparteiischen Mitte Dezember vorgeschlagen wurde, ersuchte der Vorstand des Malerverbandes um die Festsetzung eines zeitigeren Termins, etwa Ende November oder spätestens Anfang Dezember, erhielt aber den Bescheid, daß die Unparteiischen vor dem 17. Dezember nicht abkömmlich seien. Eine für Mitte Dezember in Aussicht genommene Sitzung des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe, in dem dieselben Herren als Unparteiische mit beteiligt sind, wurde denn auch abgesetzt. Inzwischen hatte aber der Staatssekretär Dr. Delbrück bei Herrn Brenner angeregt, Verhandlungen im Baugewerbe einzuleiten. Das war wohl der Grund, daß das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe zusammentrat, und im Anschluß an seine eigentliche Tagung eine Vorbesprechung über die kommenden Verhandlungen im Baugewerbe führte. So wurden dann die Verhandlungen für das Malergewerbe offiziell auf den 9. Januar angelegt. Als dann aber für das Baugewerbe, in dem der Tarif sechs Wochen länger läuft als im Malergewerbe, weitere Verhandlungen auf den 28. Dezember in München anberaumt waren, wurden die Verhandlungen für das Malergewerbe auf den 8. Januar verschoben. Dieses fortgesetzte Hin- und Hergeraten der Verhandlungen wird in den beteiligten Arbeiterkreisen sehr unangenehm empfunden. Der Unternehmerverband im Malergewerbe hat allerdings von vornherein auf eine Verschleppung hingearbeitet, entsprechend den Weisungen des Unternehmerverbandes für das Baugewerbe, mit dem er im Reichslauf faktelliert ist, und der auf einen gemeinsamen Tarifablauf im ganzen Baugewerbe am 1. April hinarbeitet. Der Unternehmerverband hat denn auch bis heute keine Forderungen noch nicht festgelegt; er will das erst kurz vor den Verhandlungen tun. Die Gehilfen wollen deshalb ihre Forderungen nur im Wege des gegenseitigen Austauschs preisgeben. Sie sind zu dieser Vorsicht genötigt durch die schlechten Erfahrungen, die sie bei der letzten zentralen Bewegung gemacht haben. Damals hatte der Unternehmerverband entgegen seinem gegebenen Versprechen die Gehilfenvertreter kurz vor den Verhandlungen mit den Forderungen überrascht, während die lange vorher eingegangenen Gehilfenforderungen von ihm zu agitatorischen Zwecken in unsonstige Weise mißbraucht wurden. So ist also diesmal die Unabkömmlichkeit der Unparteiischen für die Verhandlungen im Malergewerbe nicht förderlich; den Unternehmern wird sie sehr will-

ein! betrat er das Zimmer und hieß mit energielosen Worten den Besohner aufstehen.

„Ich bin nicht wenig erstaunt über den frühen Besuch und dessen Zweck; in dessen Blick er ruhig, wie es seine Art war, kleidete sich rasch an und ging dem Kommissar bei der Durchsicht seiner Wohnung an die Hand, indem er alles willig öffnete. Das einfach, aber behaglich möblierte Zimmer war bald durchsucht und schon dachte der Kommissar, es sei alles fruchtlos gewesen, als einer der Polizisten an die Wand klopfte, daß es hoch kling.

„Ah! jagte de Mann, da muß ein Wandschrank sein; richtig, da hab' ich auch das Schlüsselloch.“

„Öffnen Sie den Wandschrank,“ befahl der Kommissar. Es geschah und es zeigte sich den Blicken der Polizei eine Menge von Büchern, Proschüren und Drucksachen.

„Ei!“ meinte der Kommissar, „da wäre uns die Hauptsache beinahe entgangen.“

Die Schriften wurden auf den Tisch gebracht und einer sorgfältigen Untersuchung unterworfen.

„Da die französische Revolution,“ sagte einer der Polizisten, „die sehr verboten sein, das ist ein gefährliches Buch!“

„Bom! lächelte.

„Sie sind im Irrtum,“ sprach er, „das ist das Werk von Mignet und meines Wissens keineswegs verboten.“

„Französische Revolution — bedenklich!“ meinte der Kommissar. „Aa, wir nehmen es mit!“

„Bom! sagte nichts und sie fragten weiter unter dem Säuger.“

„Holt wieder eine Revolution!“ rief der eine Polizist und hielt dem Kommissar eine Broschüre hin, da sehen Sie: die elektrische Revolution. O, diese Sozialdemokraten! Nun wollen sie die Revolution mit Elektrizität machen.“

„Bom! sagte lächelnd, der Kommissar aber ließ den Knierer zurück und sah das Buchlein mit bedenklicher Miene an.

„In dieser Schrift handelt es sich nur um die technischen Umwandlungen, die durch die Ausnutzung von Elektrizität bewirkt werden,“ erklärte Bom.

„Was sein,“ antwortete der Kommissar, „aber die Revolution? Wir nehmen das Ding eben auch mit!“

„Es handelt sich weiter. Es handelt sich um literarische, literarische, wissenschaftliche und naturwissenschaftliche Schriften, aber etwas Verbotenes oder Verbotenes sollte es nicht sein.“

„Da hab' plötzlich der Polizeikommissar eine Schrift raspor, die auf dem gelben Umschlag die Bezeichnung „Statistik“ trug. Entsetzt wollte er die Schrift wieder weglegen, doch hielt er sich an dem ersten Blatt an.

„Aha!“ rief er.

Auf der zweiten Seite stand:

„Die Frau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, von August Bebel.“

„Von Bebel!“ riefen die zwei Polizeidiener im Chor.

„Da ist noch eins,“ rief der andere und hob daselbe Werk von Bebel vom Tisch, dies Exemplar trug aber nicht den auf Täuschung berechneten Umschlag, sondern hatte den richtigen Titel auf der ersten Seite.

„Ja, ja,“ meinte der Kommissar mit selbstgefälligen Sämanneln, „die Herren Sozialdemokraten mögen es noch so sein antreiben, die Polizei kommt doch hinter ihre Schliche.“

In jener Zeit wurde das Sozialistengesetz, das damals noch in Geltung war, sehr streng gehandhabt. Nach den gerichtlichen Entscheidungen war der Besitz eines einzelnen Exemplars einer verbotenen Druckschrift nicht strafbar; wurden aber zwei oder mehrere Exemplare vorgefunden, so war der Besitzer mindestens der Verbreitung verdächtig.

„Sie sind im Besitze von zwei Exemplaren der „Frau“ von Bebel betroffen worden. Sie wissen, daß dies Buch verboten ist?“

„Ja,“ antwortete Bom unbefangen.

„Da es zwei Exemplare sind, so sind Sie der Verbreitung verdächtig,“ hieß es.

„Aber es sind ja zwei verschiedene Auflagen des Buches,“ entgegnete Bom. „Ich habe das Buch nicht verbreitet, sondern es nur gelesen, um mich zu unterrichten.“

„So sagen alle Sozialdemokraten.“

„Ich gehöre der sozialdemokratischen Partei gar nicht an,“ erklärte Bom ruhig.

„Das heißt, Sie wollen es nicht zugeben,“ meinte der Kommissar mit seiner ganzen Heberlegenheit. „Sie sind dringend verdächtig, Bebel's Buch über die Frau verbreitet zu haben. Ich erkläre Sie für verhaftet. Wenn Sie Widerstand leisten, werde ich Sie schließen lassen.“

„Ich leiste Ihnen keinen Widerstand,“ entgegnete Bom.

„Aber bedenken Sie —“

„Ich habe gar nichts zu bedenken,“ meinte der Kommissar barsch, „sondern Sie jetzt zu unterrichten und einzuliefern. Das andere machen Sie mit dem Untersuchungsrichter ab.“

Bom ergab sich in sein Schicksal und machte sich glücklich, daß der Kommissar noch ziemlich rücksichtsvoll auftrat.

Während seine Wirtin ängstlich das Gesicht durch die Türspalte bedeckte, ward er abgeführt. Aus dem Flur ließen die Reiter der benachbarten Wohnungen zusammen-

(Fortsetzung folgt.)

kommen sein. Ob die Unternehmer aber bei ihrer durchsichtigen Spekulation auf ihre Rechnung kommen, erscheint recht zweifelhaft. Vorläufig benötigen sie die gewonnene Zeit, um die Wahrheit auf den Kopf zu stellen und ihrer Gefolgschaft vorzumachen, die Gehilfen seien an der Verschleppung schuld, und verhindern, daß etwaige Lohn erhöhungen bewilligt werden könnten, weil diese bei der Preisfestsetzung für die Kunden nicht in Anrechnung gebracht werden könnten. Außerdem trägt der Unternehmerverband durch diese Manipulationen zur Verschärfung des Kampfes bei, wobei die Zwangsmaßnahmen, die den Unternehmerverbänden korporativ angeschlossen sind, sich in den Dienst der Scharfmacher stellen. Der Verband der Maler steht den kommenden Ereignissen wohl vorbereitet gegenüber. Kürzlich stattgefundenen Bezirkskonferenzen haben einen Ausschluß gewählt, der in Verbindung mit den Verbandsvertretern, die die eigentlichen Verhandlungen führen, zu gegebener Zeit über besondere Maßnahmen zu bestimmen haben. Ferner werden bereits Delegierte zu einer evtl. wegen der Tarifbewegung notwendigen außerordentlichen Generalversammlung gewählt. Die organisatorische und finanzielle Entwicklung des Malerverbandes gibt die Gewähr, daß die Scharfmacher bei dieser Tarifbewegung eine zeitgemäße Aufwärtsentwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verhindern können.

Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in München. Die Münchener Brauereiarbeiter beklagen eine Art der Behandlung der Lohnbewegung, die den Verdacht aufkommen läßt, als wollten sie ein wenig provozieren; denn anders ist ihre letzte Antwort an die Arbeiterorganisation nicht zu verstehen. Der am letzten Verhandlungstag vor dem Einigungsamt des Schiedsgerichts von den Unternehmern unterbreitete Tarifvorschlag wurde mit der Erklärung übergeben, der Vorschlag müsse als einheitliches Ganzes betrachtet und könne nur angenommen oder abgelehnt werden, jedes Verlangen nach irgendwelcher weiterer Konzession müsse unberücksichtigt bleiben. Nun schaltet aber der Unternehmervorschlag fast zwei Drittel der Arbeiter von jeder Lohn-erhöhung jetzt und während der vorgeschlagenen Tarifdauer ganz aus, die übrigen sollen sich größtenteils mit wenigen Pfennigen Lohnzulage pro Woche begnügen; außerdem enthält der Vorschlag mehrere, z. T. recht wesentliche Verschlechterungen der jetzigen Arbeitsverhältnisse; sie sind zwar schon veräußert, aber ihre Wirkung kann sich sofort zeigen, wenn die Unternehmer es nur wollen. — Dieser Unternehmervorschlag wurde, wie schon berichtet, von der Versammlung der Brauereiarbeiter einstimmig abgelehnt und der Tarifkommission aufgegeben, die Forderungen um des Friedens willen soweit zu reduzieren, daß sie als Mindestmaß dessen zu betrachten sind, was bei einer 4jährigen Vertragsdauer unter allen Umständen berücksichtigt werden müsse. Auf die gleiche Wirkung, wie der Tarifvorschlag, war auch die nunmehrige Antwort der Unternehmer auf die revidierten Forderungen der Arbeiter eingeleitet. Ein Jonglieren mit Worten ist die Antwort, die eine Beachtung des Erstes der Sache vollkommen vermissen läßt. Am Schluß spricht die Antwort von „ca. 45 neuen Vorschlägen der Arbeiterverbände“, auf die einzugehen der Ortsverband der Brauereiarbeiter nicht für angezeigt hält. — Bei einem solchen Verfahren dokumentieren die Unternehmer nicht, daß sie wirklich so friedliebend sind und Entgegenkommen zeigen, wie sie es der Öffentlichkeit plausibel machen wollen. Wollen sie beweisen, daß sie die berechtigten Wünsche der Arbeiter berücksichtigen, dann müssen sie schon von dem Spiel mit Worten absehen und wirkliche materielle Zugeständnisse machen; bisher ist darin noch sehr wenig, ja kaum nennenswertes geschehen. Einen friedlichen Abschluß der Lohnbewegung bei den bisherigen Zugeständnissen halten die Unternehmer wohl selbst nicht für denkbar.

## Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 30. Dezember.

Der Wortführer Dr. Börsch eröffnet die Sitzung mittags 12 Uhr 20 Min. Die Kommissionsberichte würden in kürzester Zeit erstattet, doch würde derjenige des Theaters in der Januar-sitzung noch nicht auf die Tagesordnung gestellt. Aug. Bape fordert, daß die Vorlage über die Gas- und Elektrizitätspreise endlich erledigt werde. Der Wortführer erklärt, daß der Senat diese Frage mit dem Budget verquicken wolle. 1. Antrag: Errichtung eines siebenten Senats bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht. (Vorläufige Forderung 1607,50 Mk., fortlaufende 6750 Mk.) Köster ersucht im Interesse unserer jungen Juristen die Stelle durch einen Lübecker ersetzt. Weiter wünscht Redner Auskunft über die Festanstellung der Gerichtsdiener. Senator Dr. Fehling antwortet ablehnend, auch der Bürgerausschuß habe dieses abgelehnt. Ziele: stellt ein Ersuchen, die Festanstellung der Gerichtsdiener vorzunehmen. Der Senatsantrag wird angenommen. Zielers Antrag wird dem Bürgerausschuß übermiesen. 2. Antrag: Erlass eines Gesetzes, betreffend die Versorgung der nach dem Versicherungs-gesetz für Angestellte vom 20. Dez. 1911 versicherungspflichtigen Staatsangestellten. Köster stellt den Antrag, ein Abzug der Beiträge soll vor endgültiger Regelung der Verhältnisse nicht stattfinden. Hoff bedauert die späte Einbringung der Vorlage. Schon vor einem Jahre sei das Gesetz vom Reichstage verabschiedet, da wäre eine Erledigung vorher möglich gewesen. Den kleinen Beamten wolle man auch noch die Beiträge abziehen von ihrem kargen Lohn. Das sei eine Härte. Die Beamten sollte man überhaupt vom Versicherungs-gesetz ausschließen. Zu der geringen Rente, die sie nach 10 Jahren erhalten würden, auch noch Beiträge abziehen, könne man kaum. Der Staat müßte in zehn Jahren 140 000 Mark an die Versicherungsgesellschaften bezahlen, ohne daß diese etwas zu bezahlen hätten. Dazu kämen noch die Zinsen. Dagegen wären die Leistungen nur gering, bei einer Witwe 115 Mk., bei einem Kind 25 Mk. Die Gesellschaft, die den Vertrag eingegangen, würde ein famoseres Geschäft machen, das der Staat ebenso gut für sich unternehmen kann. Durch die Abführung der Beiträge käme eventuell die Anstellung eines neuen Angestellten, da die versicherungspflichtigen Beamten bei 15 verschiedenen Behörden tätig sind. 1000 Mark können erspart werden durch die Invalidenversicherung, die wegfällt. Durch Übernahme der Beiträge seitens des Staates wird den Beamten entgegengekommen, weitere Lasten würden auch später nicht in höherem Maße eintreten. Redner ersucht den ersten Teil des Senatsantrags anzunehmen, den zweiten Teil jedoch abzulehnen. Köster pflichtet dem Wortführer im vollen Maße bei. Es ande sich tatsächlich um die minderbekanntesten Angestellten, die knapp 1700 Mk. Gehalt bezögen. Auch in anderen Staaten habe man das Versicherungsrisiko übernommen, so z. B. in Dänemark, das auch keine Beiträge erhebe. Ob hier in Lübeck eine Rückversicherung durch den Staat am Platze wäre, läßt sich noch näher geprüft werden. Zu verstehen sei nicht,

daß vor endgültiger Regelung Beiträge von den Beamten erhoben werden sollen. Senator Dr. Neumann weist darauf hin, daß es sich nur um ein Notgesetz handelt. Würde vor 1913 dieses Gesetz nicht publiziert, fallen die Beamten ohne weiteres unter das Reichsgesetz. Der Senat beschaffte sich seit längerer Zeit damit, den Angestellten eine bessere Versorgung zu schaffen, als es nach dem Reichsgesetz möglich ist. Leider konnte ein Abschluß noch nicht erfolgen, so kam auch die Verzögerung mit der Vorlage. Wenn die Beiträge nun die ersten Monate an die Reichskasse gezahlt werden, sind sie nutzlos weggegeben. Es handelt sich hier nur um ein Provisorium, wonach den lübischen Angestellten genau dasselbe zugesichert werden soll, wie es das Reichsgesetz gewährt. Schon im nächsten Vierteljahr hoffte der Senat ein Gesetz vorzulegen, das die Angestellten besser versorgt als es durch das Reichsgesetz geschieht. Wird eine Einigung nicht erzielt, dann freilich müssen wir auf das Reichsgesetz zurückkommen. Freilich müssen wir dann, um die Angestellten in der Wartezeit nicht schädigen zu wollen, alle Beiträge nachzahlen. Von den Beamten könnten wir die Beiträge dann nicht mehr zurückfordern, deshalb müssen die Beiträge jetzt schon zurückgestellt werden. Das Gesetz hat nur den Zweck, nicht 7000 Mk. Beiträge nutzlos auszugeben. G. Reimpell pflichtet dem Senat vollkommen bei. Bei der Ablehnung würde alles verloren sein. Redner fragt, ob auch mit der hier domizilierenden Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft verhandelt worden sei. Senator Dr. Neumann: Das wird noch kommen. Hoff: Hätten wir Zeit gehabt, bräuchten wir kein Notgesetz jetzt anzunehmen. Richtig mag sein, daß die Beiträge eventuell nutzlos ausgegeben würden, notwendig ist dies jedoch nicht, wenn mein Abänderungsantrag angenommen wird. Es handelt sich auch zum Teil um Beamte, die nachher in die Pensionsberechtigung eintreten. Für diese ist doch das Geld unnötig ausgegeben. Im Interesse der Finanzen des Staates fahren Sie besser, wenn Sie nach meinem Vorschlag handeln. Senator Dr. Neumann: Wenn Sie diesem Vorschlag folgen, unterbinden Sie die spätere definitive Regelung. Der Antrag Hoff würde die Vorlage für den Senat unannehmbar machen. Köster behauptet, daß die Aufwendungen tatsächlich für nichts gemacht würden. Am besten ist's, wenn wir solange keine Beiträge erheben, bis die Angelegenheit definitiv geregelt ist. Senator Dr. Neumann: Diesem Wunsch gegenüber muß ich das selbe betonen, wie Herrn Hoff gegenüber: er macht die Vorlage dem Senat unannehmbar. Lippert trägt gegen die Senatsfassung Bedenken, denn dadurch würde die Wartezeit erst vom 1. Januar 1913 an gerechnet. Die älteren Staatsangestellten würden schwer benachteiligt. Bisher sei alten, nichtpensionsberechtigten Angestellten stets lokalweise eine Unterstützung bewilligt worden, die sie wesentlich günstiger gestellt habe, als die Angestelltenversicherung vorsehe. Redner ersucht um Annahme des Antrags Köster. Senator Dr. Neumann tritt dem entgegen. Sollten während der Zeit, in der das Notgesetz in Kraft ist, besondere Fälle eintreten, würde der Senat lokal verfahren. Hoff: Herrn Lipperts Ausführungen zeugen dafür, welche elende Gesetzesmacherei heute hier betrieben wird. Nehmen Sie meinen Antrag an. Senator Dr. Fehling weist den Ausdruck „elende Gesetzesmacherei“ zurück und die Mehrheit der Bürgerschaft murmelt zustimmend. Hoff: Die etwas günstigeren Bestimmungen der Übergangszeit im Reichsgesetz müssen eingeschaltet werden. Weiter wünscht Hoff [zur Geschäftsordnung], daß über seinen Antrag zuerst abgestimmt wird. Diesem Wunsch kann der Wortführer nicht entsprechen. Der Antrag Köster wird abgelehnt. Die Senatsvorlage unverändert angenommen. 3. Antrag: Zuschuß zu den Kosten des Grunderwerbs für die Bahn Schwartau-Neuhardt. J. J. J. tadelt die Formulierung des Senatsantrages, mit dem er übrigens einverstanden ist. Unter Aufhebung des Rat- und Bürgerschlusses vom 2. März 1900 müsse die Änderung erfolgen. Senator G. Evers: Nur wenn der vorliegende Antrag Rechtskraft erlangt, kann der andere ungültig werden. Senator Dr. Fehling: Durch einen Rat- und Bürgerschuß kann hier nichts geändert werden. Besser ist's, wir belassen es bei der Vorlage. Böbs steht in der Vorlage absolut keinen Vorteil. Es wäre auch noch zu erwägen, ob wir moralisch zu den 80 000 Mk. herangezogen werden können. Über den Vorteil, den Lübeck bei dem Bahnbau hat, kann auch noch geredet werden. Beim Bahnbau Travemünde-Neudorf hat doch in erster Linie Oldenburg, und in zweiter Linie die Lübeck-Büchener Bahn Vorteil. Durch diesen Bau haben wir einen Trumpf aus der Hand gegeben. Wir hätten dagegen protestieren sollen, doch konnten wir es nicht auf Grund vertraulicher Kommissionsmittellungen. Oldenburg dürfte uns jetzt die 80 000 Mk. nicht zumuten. Millionen von Werte hat die oldenburgische Regierung durch die Bahn an Strange, sie ist wohl daran interessiert, das konstatierte selbst der Minister im oldenburgischen Landtag. Pflicht der Lübeck-Büchener Bahn wäre es, diesen geforderten Zuschuß zu leisten. Verzögert wird dadurch der Bahnbau um keine Stunde. Senator G. Evers glaubt nicht an eine unbillige Zumutung seitens der oldenburgischen Regierung. Je besser und vorteilhafter die Bahn gebaut werde, desto mehr Vorteil habe Lübeck. Wir hätten doch früher 500 000 Mk. auf Aktien zeichnen wollen und besitzen ein großes Interesse an dem Projekt. Ehrenpflicht sei es, für Oldenburg jetzt einzutreten, nachdem Oldenburg uns günstig entgegengekommen sei. J. J. J. hat gegen die Bahn keine Bedenken; er wollte nur eine formale Änderung, nach der die früher bewilligten 500 000 Mk. in Wegfall kommen. Redner zieht schließlich seinen Antrag zurück. G. Eversburg ersucht um Annahme des Antrags. Es sei die für Lübeck wichtigste Bahn, die seit langer Zeit gebaut werde. Der Handel mit Fehmarn werde verbessert. Die früher angenommenen 3/4 Proz. Zinsen von den 500 000 Mark seien noch lange nicht garantiert gewesen. Unser Risiko sei bei den 80 000 Mk. gegenüber früher gar nicht groß. Dimpker erwidert Böbs, daß das Projekt sehr eingehend beraten worden sei, aufs Haar genau könne man natürlich nicht jede Einzelheit herausrechnen. Wir könnten uns nur freuen, wenn Preußen die Bahn besser baue als wir es getan hätten. Oldenburg habe früher gar nichts bezahlen wollen, trotzdem hätten wir diesem Staate zu danken, daß auf dessen Verreiben hin die Bahn gebaut werde. Lippert: Bei dieser Vorlage fahren wir besser als bei unserem früheren Beschluß. Nur ist's schade, daß wir diese Vorlage erst nach der Annahme des Bahnbaues Travemünde-Neudorf erhalten. Sicher, ob wir eine Bahn nach Neudorf bekommen, ist es noch nicht. Preußen gibt allerdings vor, es wolle die Linie ins Eisenbahnetz einbezogen. Aug. Bape: Die Kosten sind wir nicht zu bezahlen verpflichtet. Die Lübeck-Büchener Bahn wird auch hier

wieder ihr Geschäft machen. Troßdem verlangt sie von uns, daß wir die Kosten tragen sollen. Wir sind ihr schon genug entgegengekommen. Wir sind selbstverständlich für das Projekt, aber die Vorlage fordert eingehende Prüfung. An diese Art müßte auch Hamburg zu den Kosten beisteuern. Ist Kommissionsberatung nicht mehr möglich, dann lehnen Sie die Vorlage einfach ab. Senator G. Evers: Die Bahn wird ja auf Kosten der Lübeck-Büchener Bahn gebaut. Lübeck und Oldenburg geben nur den Grund her. Ein Geschenk kommt nicht in Frage. Böbs: Ob diese Bahn besser gebaut wird, wissen wir gar nicht, weil uns jeder Plan fehlt. Wir wissen überhaupt nicht, welches Gelände die Bahn durchschneidet. Zu welchem Zweck werden denn vertrauliche Mittellungen gemacht, wenn man nachher seine besondere Ansicht darüber bekommen muß. Hauptlehrer Reimpell ersucht um Annahme des Antrages. Hamburg habe wohl den Vorteil, aber würde Lübeck durch die kürzere Linie nach Fehmarn-Kopenhagen ausgeschaltet, hätten wir unermesslichen Schaden zu erwarten. G. Reimpell tritt für die Vorlage ein und bestreitet, daß der Kommission etwas Besonderes versprochen worden sei. Oldenburg sei uns entgegengekommen. Würden wir hier nicht beipflichten, würde oben Lübeck in seiner eigenartigen geographischen Lage sitzen bleiben. J. J. J. hält diese Vorlage für günstiger, als die frühere. Er habe sich nicht in Widerspruch mit seinen früheren Ausführungen gesetzt. Dimpker: Verpflichtet, die 80 000 Mk. zu bezahlen, sind wir nicht, doch können wir im Interesse Lübecks nichts Besseres tun, als der Vorlage zustimmen. Oldenburg kommt uns in der Sache entgegen. G. Eversburg ist der gleichen Ansicht. Aug. Bape polemisiert gegen J. J. J. und stellt wiederholt die Frage auf, ob es nicht richtiger sei, die Lübeck-Büchener Bahn die Summe bezahlen zu lassen. Jetzt werden die 80 000 Mk. zu Unrecht vom Lübecker Staat ausgegeben. Nach der mangelhaften Begründung muß ich die Vorlage ablehnen, so gerne ich für Lübecks Interesse eintrete. Dr. v. Brocken ersucht, den Senat in seiner Eisenbahnpolitik zu unterstützen. Die Lübeck-Büchener Bahn könne doch nicht für die preussische Staatsverwaltung Geld hergeben. Seije: Wenn wir solange warten wollen, bis die Lübeck-Büchener Bahn das Geld hergibt, können wir lange warten. Weiter ersucht Redner um Auskunft, wann endlich eine bessere Verbindung mit der Vorstadt St. Lorenz zu erwarten sei. Das letzte Eisenbahnunglück habe diese Frage erneut aufgeworfen. Senator G. Evers: Es liegen mehrere Projekte vor. Der Senatsantrag wird hierauf angenommen. Schluß 2 Uhr 15 Min.

## Aus dem Gerichtssaal.

Mansfelder Beamtenwirtschaft. Der Redakteur Theodor Wagner hatte in der „Vergarbeiterzeitung“ vom 24. September 1911 einen Artikel: „Mansfelder Beamtenwirtschaft“ veröffentlicht. Durch ihn fühlten sich vier namentlich genannte Steiger beleidigt und klagten. Es wurde ihnen vorgeworfen, Arbeiter auf Kosten der Mansfelder Gewerkschaft für sich im eigenen Interesse verwandt und Materialien sich angeeignet zu haben. Wagner wurde von den Eisenbahnergerichten in einem Falle freigesprochen, da ihm § 198 zuante kam. In einem anderen Falle erfolgte Verurteilung. Jetzt klagten die Steiger Ödte und Wechtel zu Hettstedt gegen Wagner. Das Hettstedter Schöffengericht verhängte wohl 200 Mk. Strafe, die Eisenbahner Strafkammer sprach jedoch jetzt Wagner frei, weil ihm der Wahrheitsbeweis völlig geglückt war.

## Aus Nah und Fern.

Unter die Räder gekommen. Ein Angehöriger der deutschen Adelsfamilie Bülow hat auf den Eisenbahnschienen im Staate Nevada (Amerika) den Tod gefunden. In der Nähe der einsamen Bahnstation Reno wurde vor einigen Tagen der Freiherr Max v. Bülow mit ab-geschrittenen Händen und einem Schädelbruch bewußtlos auf dem Bahngleis gefunden. Er wurde ins Hospital nach Starke gebracht, wo er starb. Max v. Bülow war ein Abenteuerer und Globetrotter. Er hatte vor Jahren ein wohlhabendes Mädchen aus Pueblo in Colorado geheiratet und mit seiner Frau ganz Europa bereist. Später wurde die Ehe geschieden. Es wird angenommen, daß er, von allen Geldmitteln entblößt, als blinder Passagier unter einem westwärts fahrenden Expresszug getrocknet ist. Unterwegs sind ihm wahrscheinlich vor Kälte die Hände erstarrt, er fiel auf die Schienen und wurde überfahren.

Die Zustände in einer Augsburger „Wurstfabrik“ wurden durch eine polizeiliche Untersuchung aufgedeckt. Vor mehreren Tagen erkrankten in Augsburg die Kinder einer Arbeiterfamilie nach dem Genuß von Wurst, die von dem Fleischer Stöckel bezogen worden war. Die polizeilichen Recherchen nach der Vergiftungsursache führten zur Behauptung Stöckels. Es war festgestellt worden, daß er in seiner Eigenschaft als Gehilfe der städtischen Abkellerei und der Einlieferungsstätte für Tierkadaver das Fleisch von verendeten Hunden und Katzen zu Wurst verarbeitet und diese um billigen Preis pfundweise an Arbeiterfamilien verkauft hatte. Auch mit einigen Gastwirten stand er in reger Geschäftsverbindung. In der Wohnung des Verhafteten fand man unter der Decke eine große Menge von Tierkadavern, die Stöckel demnächst ebenfalls zu Wurst verarbeiten wollte.

Panik. Im Straßburger Colorado-Kinematographen-Theater gerieten gestern nacht durch Schadhafwerden eines elektrischen Leitungstabels mehrere Filme in Brand. Das Publikum geriet in fürchterliche Aufregung und drängte den Ausgängen zu. In dem panikartigen Gedränge wurden zahlreiche Männer und Frauen niedergetreten. Drei Personen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, 20 andere wurden leicht verletzt. Einige Personen sprangen aus den nicht allzuhohen Fenstern, nahmen jedoch keinen ernstlichen Schaden. Das Feuer wurde nach kurzer Zeit gelöscht.

Unter schwerem Verdacht. Gegen den Zeichner und Bautechniker Adolf Köhler aus Springshausen bei Rasse wurde ein Verfahren wegen Verrats militärischer Geheimnisse eröffnet. Köhler, der in der optischen Fabrik von Hahn Söhne beschäftigt war, die auch die Anfertigung von optischen Instrumenten für die Heeresverwaltung übernommen hat, wird beschuldigt, Zeichnungen und Modelle dieser Instrumente an fremde Mächte, besonders England und Frankreich, gegen Entgelt ausgeliefert zu haben.

Ein Meiningener Hofschauspieler verhaftet. In den Weihnachtsfeiertagen ging in Meiningen das Gerücht um, der Hofschauspieler Link sei verhaftet worden. Das Gerücht stellte sich als richtig heraus. Die Verhaftung erfolgte wegen Verbrechen gegen den § 175 des Straf-gesetzbuches. Link ist 62 Jahre alt. Mit ihm ist der 28 Jahre alte, verheiratete Schattenspieler S. zu ver-

Brot verhaftet worden. Welche wurden wieder auf freien Fuß gesetzt, sind gegen Stellung einer Kaution. Sein gegenwärtiger Aufenthalt ist unbekannt, da er sofort nach seiner Haftentlassung vertrieben ist.

**Ein Pfarrer, der sein Weichkind besticht.** In dem burgundischen Flecken Gours wurde der 33jährige katholische Pfarrer Francois Montel unter der Anklage verhaftet, einem seiner Weichkinder, einem alten Fräulein Chambrette, das vor kurzem gestorben ist, Wertpapiere im Betrage von 13 000 Frank gestohlen zu haben, die er dem Baseler Bankverein in bürgerlicher Kleidung und unter falschem Namen übergeben und durch ihn verkaufen ließ. Die Erben der alten Jungfer bemerkten den Abgang dieses Vermögensteiles und erlitten die Anzeige. Die Leiter der Dijoner Zweigniederlassung des Baseler Bankvereins erkannten bei der Gegenüberstellung den Pfarrer, der ihnen die Wertpapiere zum Verkauf übergeben hatte.

**Unfälle während der Feiertage.** Mehr als ein Duzend Menschen verloren in England während der Weihnachtsfeiertage ihr Leben. Vier Personen wurden bei einem Brande in Islington, einem nördlichen Londoner Stadtteil, und vier nach einem Brande durch den Einsturz eines Hauses in Dundee getötet. Ein Aviatiker stürzte mit seinem Aeroplan in Vorkshire und war auf der Stelle tot. Sieben der Opfer waren Kinder. Vier von ihnen waren gerade ins Bett gebracht worden und ihre Strümpfe waren bereits, wie es hier in England Sitte ist, mit den schönen Weihnachtsgeschenken angefüllt. In Todmorden wurde ein Mädchen von seinem jüngeren Bruder, nachdem sich beide unter dem Mistelzweig geflücht hatten, aus Versehen erschossen.

**Sieben Personen wegen 200 Mark ermordet.** In der Nähe der russischen Stadt Tomsk ist ein siebenfacher Raubmord begangen worden. Eine Räuberbande drang dort in ein kleines Landhaus ein und ermordete eine Familie von sieben Personen, unter denen sich drei Kinder befanden, um 200 Mark rauben zu können.

**Ein schweres Brandunglück hat sich gestern in Moskau ereignet.** Dort brannte ein von Arbeitern der Alexanderbahn bewohntes Haus ab. Bis jetzt sind 14 Leichen geborgen worden.

**„Modernen“ Schulunterricht.** Aus Hessen schreibt man dem „Verl. Tageblatt“: Es geht doch nichts über den pädagogischen Takt! Kürzlich hat ein heisser Oberlehrer, Dr. Schroe, einen „Abriss der Geschichte des Großherzogtums Hessen für höhere Lehranstalten“ erscheinen lassen, in dem auch die Regierung des jetzigen Großherzogs Ernst Ludwig behandelt wird. Unser Oberlehrer findet es nun in seinem Inneren höchst unangenehm, daß sich sein Landesherren von seiner ersten Gemahlin Victoria Melita hat scheiden lassen und damit seinen Untertanen ein — nach der Meinung unseres Historiographen — sehr schlechtes Beispiel gegeben hat. So etwas darf in einem Schulbuche natürlich nicht erwähnt werden, daher schreibt Dr. Schroe die erste Ehe des Großherzogs einfach tot und läßt ihn eben nur einmal verheiratet sein, nämlich mit der jetzigen Großherzogin Leonore. Es ist nur folgerichtig, wenn der Verfasser die aus der ersten Ehe hervorgegangene, inzwischen verlorbene Prinzessin Elisabeth nicht erwähnt und auf der beigegebenen Stammtafel Mutter und Tochter einfach wegläßt. Sehr ärgerlich muß es nun aber für unseren Pädagogen sein, daß der verstorbenen Prinzessin in Darmstadt ein Denkmal gesetzt worden ist, das ja auch die Schüler des Herrn Dr. Schroe zu sehen bekommen könnten. Wie wird er sich da etwaigen neugieriger Fragen gegenüber verhalten?

**Feuer im Schiff.** Im Vordersteck des österreichischen Dampfers „Kleopatra“, der im Freihafen von Triest ankert, brach Sonnabend aus unbekannter Ursache Feuer aus, das gegen 40 Wagonladungen Zucker und andere Waren, darunter Teppiche und Manufakturwaren, vernichtete. Die Löscharbeiten dauerten bis zum späten Abend. Das brennende Magazine wurde aus 14 Schlauchleitungen mit Wasser angefüllt, jedoch das Schiff etwas vornüber neigte. Der Schaden ist in seinem ganzen Umfange noch nicht festzustellen, er ist jedoch beträchtlich.

**Krieg im Frieden.** Im Laboratorium von Nikolic (Österreich) entstand am Sonnabend beim Umabstufen von Schrapnellzündern eine Explosion. Fünf Arbeiter wurden sehr schwer verletzt.

**Eine Mutter und ihre zwei Kinder verschüttet.** Beim Zumbau am Hauensteinberg (Schweiz) hat sich ein Unfall zugetragen, dem drei Personen zum Opfer fielen. Infolge des Regenwetters legte sich bei den Barackenbauern der Berliner Tiefbau-Gesellschaft, die den Zumbau ausführt, das Erdreich in Bewegung und drückte eine Baracke ein. Die Frau eines Arbeiters, ihre vierjährige Tochter und ihr zwölfjähriger Sohn wurden verschüttet. Alle drei sind tot. Die Baracken sind geräumt worden.

**Schiffs-Unfälle.** Aus Neapel wird gemeldet: Der englische Fischdampfer „Romeo“ aus Grimsby ist an der isländischen Küste in einem heftigen Sturm untergegangen. Die aus 30 Mann bestehende Besatzung, mit Ausnahme der vier Offiziere, der der Dampfschiffahrts-Gesellschaft Gorm in Kopenhagen gehörende Dampfer „Volter“ ist auf der Höhe von Nizza nach Spanien in der Nähe des Einganges in den Armeekanal gelangten. Der Kapitän und ein Matrose wurden von einem Fischdampfer im spanischen Boot, in dem sie zwei Tage unger-

getrieben worden waren, gerettet. Die übrigen 13 Mann der Besatzung sind ertrunken. — Der Kapitän und die Mannschaft des englischen Dampfers „South Atlantic“ aus Cardiff sind an Bord des Dampfers „Berberian“ hier eingetroffen. Sie erzählen, die „South Atlantic“ sei am 9. Dezember an den Klippen der Insel Brava, 120 Meilen von Cap Verde entfernt, bei starkem Nebel gescheitert. Die ganze Mannschaft sei gerettet worden.

**Kleine Chronik.** Auf der Stoppenberger Straße bei Essen a. d. Ruhr wurden zwei spielende Knaben von einer einströmenden Mauer verschüttet. Der eine wurde als Leiche geborgen, der andere ist schwer verletzt. — Der geistig nicht normale Arbeiter Franz Schmidt, ein französischer Elsfasser, der in Paris lebte, hatte in Erfahrung gebracht, daß sein Bruder Ernst ihn einer Zren-Anstalt überweisen wollte. Während nun Ernst Schmidt mit seiner Frau und seiner neunjährigen Nichte beim Mittagessen saß, drang der Kranke in das Zimmer ein und feuerte drei Schüsse auf seine Verwandten ab. Das Mädchen wurde ins Herz getroffen und war sofort tot. Das Ehepaar wurde lebensgefährlich verletzt. — Bei den Flußregulierungsarbeiten in Waidring bei Innsbruck wurden durch vorzeitige Explosion eines Sprengschusses zwei Mineurs getötet und ein Arbeiter schwer verletzt. — Einem in einem erstklassigen Hotel in Lausanne abgestellten Fremden wurden von einem internationalen Hotel Dieb, der sich in der Nacht eingeschlichen hatte, Juwelen im Werte von 20 000 Franken gestohlen.

## Genossenschaftsbewegung.

**Treu und Glauben und der Händlerrabatt.** Wie reimt sich das zusammen? Der Verband der Rabattparvereine in Deutschland beglückt die Konsumenten mit einem Flugblatt, das sich mit der Stichmarke: „Hoch Treu und Glauben! Ein Mahnwort an die Bevölkerung zur Weihnachtszeit“ einführt. Der Inhalt des Flugblattes ist leicht zu erraten. Es wird wieder einmal der Beweis „erbracht“, daß der selbständige Kaufmann und Gewerbetreibende doch bessere Gewähr für gute Bedienung der Kundschaft biete als der Konsumverein. Als Schwurzeuge muß diesmal ein Landtagsabgeordneter auftreten, der einmal Aufsichtsratsmitglied eines Konsumvereins — offenbar eines Beamtenkonsumvereins — gewesen zu sein angibt, und der einmal weisheitsvoll schrieb:

Bei den Gewinnen der Mitglieder, deren Auszahlung in der Regel kurz vor Weihnachten stattfindet, wird in der Regel prompt vergessen, daß der größte Teil der Rückvergütungen erst durch die höheren Preise, die häufige Minderwertigkeit der Waren und das fehlende Gewicht eingezahlt werden muß.

Und dann folgt die ebenso selbstverständliche wie dringende Mahnung: „Man bleibe daher den Geschäftsleuten des Mittelstandes treu.“ Folgt eine Schilderung der so segensreichen Wirkungen der Rabattparvereinstätigkeit, und in lieblichen Tönen erklingt dann die, ach, so bekannte Melodie:

Ganz natürlich ist es, daß es den barzahlenden Käufer angenehm berührt, seine bare Zahlung durch eine Belohnung (?) anerkannt zu sehen. Er hat auch ein gewisses Anrecht auf die Belohnung, denn er legt den Geschäftsmann in den Stand, selbst seine Lieferanten bar zu bezahlen und dafür den Sconto für Barzahlung zu erhalten. Der Vorger bekommt den Rabatt nicht.

Es nimmt den Käufer für die Einrichtung des Rabattparvereins der Detaillisten ein, daß er die Einkäufe bei den verschiedenen Geschäften oder Branchen vornehmen kann. Überall bekommt er den Vereinsrabatt, der nicht, wie unsere Gegner sagen, auf den Warenpreis geschlagen wird; usw.

Was da über die Notwendigkeit der Barzahlung gesagt wird, ist Vernunft, deren Schönheit den Detaillisten eigentlich doch wohl erst durch die Tätigkeit der Konsumvereine offenbar wurde. War es nicht gerade die leidige Barzahlung, die dadurch geschaffene drückende wirtschaftliche Abhängigkeit der Konsumenten vom Zahlungsschrift gewährenden Krämer, die die Organisation der Konsumenten zur unabwiesbaren Notwendigkeit machte? Da steht es etwas eigentümlich aus, wenn unsere Rabattler ihre Tugend preisen und gleichzeitig das Vorbild solch tugendreichen Tuns, den Konsumverein, als geschäftlich unzulässig hinstellen.

Und dann das schöne Wort vom Vereinsrabatt, der nicht auf den Warenpreis geschlagen wird! Wenn es nur so wäre! Wenn sich der vielgelobte Vereinsrabatt nur mit dem Grundsatze von Treu und Glauben vereinbaren ließe! Wie sagte doch der Jahresbericht des Kölner Detaillistenvereins:

Auf jeden Fall legt der Geschäftsmann bei Einführung der fünfprozentigen allgemeinen Rabattabgabe seine Erziehungsfähigkeit aufs Spiel, da ihm nur die Wahl bleibt, entweder den enormen Barverlust selbst zu tragen und dann langsam dahinzusinken oder nach Erhöhung seiner Preise die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Geschäften vollends einzubüßen und nur auf die Urteilskraft des Publikums zu spekulieren.

Und in einem Prozeß gegen einen Händler in Augsburg wurde das wahre Wesen des Rabatts auch gerichtsnotorisch. Der Händler erklärte, daß er nach seinem Austritt aus dem Rabattparverein sofort die Preise sämtlicher

Artikel, auf die er bisher Rabatt gegeben, um den entsprechenden Betrag ermäßigt habe. Er erzählte freilich mit nichts Neues. Auch beim Detaillisten raucht der Schornstein vom Profit. Den Rabatt holt sich der Händler aus den Preisausschlägen auf die Waren. Nur braucht die Sache nicht so schematisch zugehen, daß der Ausschlag auf den Preis jener Ware erfolgt, die durch Rabatt ausgezeichnet wird. Nicht unbekannt ist doch wohl, daß vornehmlich auf jene Waren Rabatte gegeben werden, deren Preiswürdigkeit für die Masse des kaufenden Publikums schwer oder gar nicht festzustellen ist.

Es ist unnötig zu betonen, daß die „Rabatte“ konsumgenossenschaftlicher Wirksamkeit mit dem vom Händler gewährten Rabatt nicht zu vergleichen sind. Die Konsumvereine sind auf Profite nicht angewiesen. Die Rückvergütungen des Konsumvereins setzen sich lediglich aus den Ersparnissen zusammen, die eine rationelle Geschäftsführung gewährt. Sie markieren nicht den billigen Jakob, verkaufen im Gegenteil die Waren stets zu soliden Tagespreisen. Die Erübrigung der Rückvergütung durch ungerechtfertigt hohe Preise wäre ein blinder Unsinn. Niemand hätte Nutzen davon. So niedrig sollte niemand die Urteilskraft des kaufenden Publikums selbst nicht zur Weihnachtszeit einschätzen, wo die Spekulation ist nicht unrichtig — mancher Käufer leidet einmal fünf gerade sein läßt, daß unsere Rabattler glauben die Konsumenten könnten den Rabatt nicht von der Rückvergütung des Konsumvereins unterscheiden. Nur jenen scheint das profitliche Lied von Treu und Glauben bei dem Rabattgeben harmonisch, die da zu den ewig Blinden gehören, die da noch nicht wissen, daß der rabattgebende Händler den Kunden auf dessen eigene Kosten „belohnt“. Solche „Geschenke“ sind aber selbst in der schenktreudigen Weihnachtszeit nicht gerade bekommlich.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

### Der Eisenbahner Weihnachten.

„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ So tönte es zu Weihnachten von allen Kanzeln und Chören. Aber ob allen Menschen ein Wohlgefallen getan ist und allenthalben Zufriedenheit herrscht, ist eine zweite Frage. Wenden wir uns einmal an die Eisenbahner der Lübeck-Büchener Eisenbahn; dieselben waren allgemein der Ansicht, daß ihnen wohl wieder, wie im Vorjahre, eine Gratifikation in Form eines Geldgeschenktes zuteil würde, aber wie man bei solchen Angelegenheiten gewöhnlich zweimal rechnen muß, so ging es auch den Eisenbahnern. Dieselben hatten wohl nicht damit gerechnet, daß jetzt keine Reichstagswahl bevorsteht. Solche Gratifikationen sind ihnen bis jetzt gewöhnlich nur dann zuteil geworden, wenn eine Reichstagswahl bevorstand. Aber die Eisenbahner haben schon manches über sich ergehen lassen und werden auch dieses schon verschmerzen, denn ein großer Teil der Eisenbahner jagt sich heute schon, wir verzichten gern auf solche Gratifikationen, wenn wir nur im allgemeinen einen auskömmlichen Lohn erhalten und unsere Wünsche nur annähernd erfüllt werden. Aber auch das steht manchmal noch in weiter Ferne; haben doch zum Beispiel die Güterbodenarbeiter schon im verfloffenen Sommer einen Arbeiterausschuss gewählt und die Namen der betreffenden Kollegen Herrn Obergüterverwalter Hammerich übermitteln, mit dem Ersuchen, diese der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn mitzuteilen. Gleichzeitig wurde um Anerkennung des Arbeiterausschusses gebeten. Bis jetzt aber ist noch keine Antwort erfolgt. Hat die Direktion dieses Gesuch nicht erhalten oder was liegt vor? Aber nicht allein die Güterbodenarbeiter sind es, die einen Arbeiterausschuss wünschen, sondern auch die Arbeiter der Reparaturwerkstätte. Haben dieselben doch in letzter Zeit lebhafteste Klage geführt über verschiedene Mißstände. Würde nun in diesen Resorts ein Arbeiterausschuss vorhanden sein, so ließe sich manches auf friedlichem Wege regeln und wir sind der Meinung, was auf den Staatsbahnen möglich ist, wo Arbeiterausschüsse bestehen, sollte auch bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn zugänglich sein. Darum müssen wir von dieser Stelle aus das Ersuchen an die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn richten, auch in ihrem Betriebe Arbeiterausschüsse zu errichten. — Im letzten Sommer haben die Güterbodenarbeiter um eine Lohnaufbesserung nachgesucht, was aber nicht allein für die Güterbodenarbeiter, sondern für sämtliche Arbeiter der Lübeck-Büchener Eisenbahn wünschenswert wäre. Haben doch sämtliche Eisenbahner gerade so wie jeder andere Arbeiter unter den teuren Lebensverhältnissen zu leiden, erfordert doch im allgemeinen der lange Dienst, der zuweilen noch im Eisenbahnbetriebe vorherrschend ist, erst recht gute Pflege. Darum richten wir das weitere Ersuchen an die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn, diesen Wünschen Rechnung zu tragen und dieselben zu berücksichtigen. F.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarzh. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

**Komitee- und Kommissionssitzungen**

**Silvester-Komitee.**  
Sitzung am Montag, abends 8 1/2 Uhr  
Sitzung im Gewerkschaftshaus.  
Die Hilfskomiteemitglieder müssen auch erscheinen. (6511)

**Sozialdemokratischer Verein**

Am Sonnabend verstarb nach längerem Krankenlager unser Mitglied  
**Friedrich Gramkau**  
Friedrichstraße 19.  
Seine letzten Absichten!  
Die Beerdigung findet Dienstag, den 31. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem Barwitzer Friedhof statt. Die Gesangskommission tritt bis 2 Uhr im „Reigen Saal“, Strampelsdorf.  
Der Vorstand.

Am Sonnabend abend 6 1/2 Uhr erkrankte nach kurzer aber schwerer Krankheit unser einziger, innigstgeliebter, unvergesslicher Sohn  
**Walter**  
im zarten Alter von 7 1/2 Jahr. In tiefer Trauer. (6512)

**Emil Quade u. Frau**  
geh. Abraham nebst Angehörigen.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 31. Dezbr., vom Trauerhause, Arminstraße 95, aus statt. Trauerfeier 8 1/2 Uhr.

Am Sonnabend wurde uns auch noch unser einziges Kind, unser kleiner süßer Otto im Alter von drei Monaten durch den Tod entzogen. Dies zeigt an die tiefen Trübsalstagen.  
**Arthur Schröder und Frau Emma geb. Fick.**  
Für die erwiehene Aufmerksamkeit anlässlich unserer jüngeren Hochzeit, besonders auch dem Arbeitergenossenen Schilke danken herzlich.  
(6513) C. Beck und Frau, Schilke.

**Tüchtige Arbeiterinnen**  
werden für die Marinieranstalt gesucht.  
**Heinrich Ihde Nachfolger**  
6450) Töpferweg 61-63.

Für die Bonbonfabrikation sowie für die Abteilung Marzipan, Pralinen, Desserts usw. suche ich für sofort oder Diktum einige  
(6538)

**Lehrlinge**  
gegen vorzügliche Vergütung.  
F. Vorbeck, Jutewarenfabrik, Fleischhausstraße 103.

31. April eine 2-Stuben-Wohnung zu mieten ges., od. 2 kl. Haus mit 2 Wohn. m. Hof u. Stall z. kaufen ges. Am liebst. a. Postent. Ang. mit Preis unt. S. Z. (6535)

Eine Wohnbude (Fischergrube) mit 6 hohen Zimm. od. Barterre zu vermieten. **Heinr. Pohlmann**, Untertrabe 103, part. (6533)

Zum 1. April eine Wohnung zu vermieten. (6543)  
**H. Fick, Gr.-Steinrade 15.**

Gesucht zum 1. April 2- bis 3-Zimmer-Wohnung. Angebote mit Preis unter A J an die Expedition dieses Blattes. (6539)

Gesucht von 2 alten Leuten zum 1. April eine kleine Wohnung mit Stall und Garten. Angebote unter T A an die Expedition d. Bl. (6522)

Gesucht eine Zwei-Zimmer-Wohnung zum 1. April von Leuten mit einem Kind. Off. unt. S G an die Exped. d. Bl. (6509)

Kleines Haus zum 1. April zu mieten gesucht. Ang. unter W Z an die Exped. d. Bl. (6512)

Gesucht zum 1. Juli 2400 Mark 1. Geld. St. Lorenz. Offerten unt. M 20 an die Exped. d. Bl. (6511)

**Ad. Häbner**, Uhren- u. Goldwarenwerkstatt, (104) Fünfhausen 13.

**Carl Folkers Möbelmagazin**  
25 Marlesgrube 25.  
Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie.  
Zimmereinricht. stets vorrätig. Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen. : Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt. Gebe rote Labeca-Rabattmarken.